

13

Demokratie und politische Partizipation

Auszug aus dem
Datenreport 2016

82 %

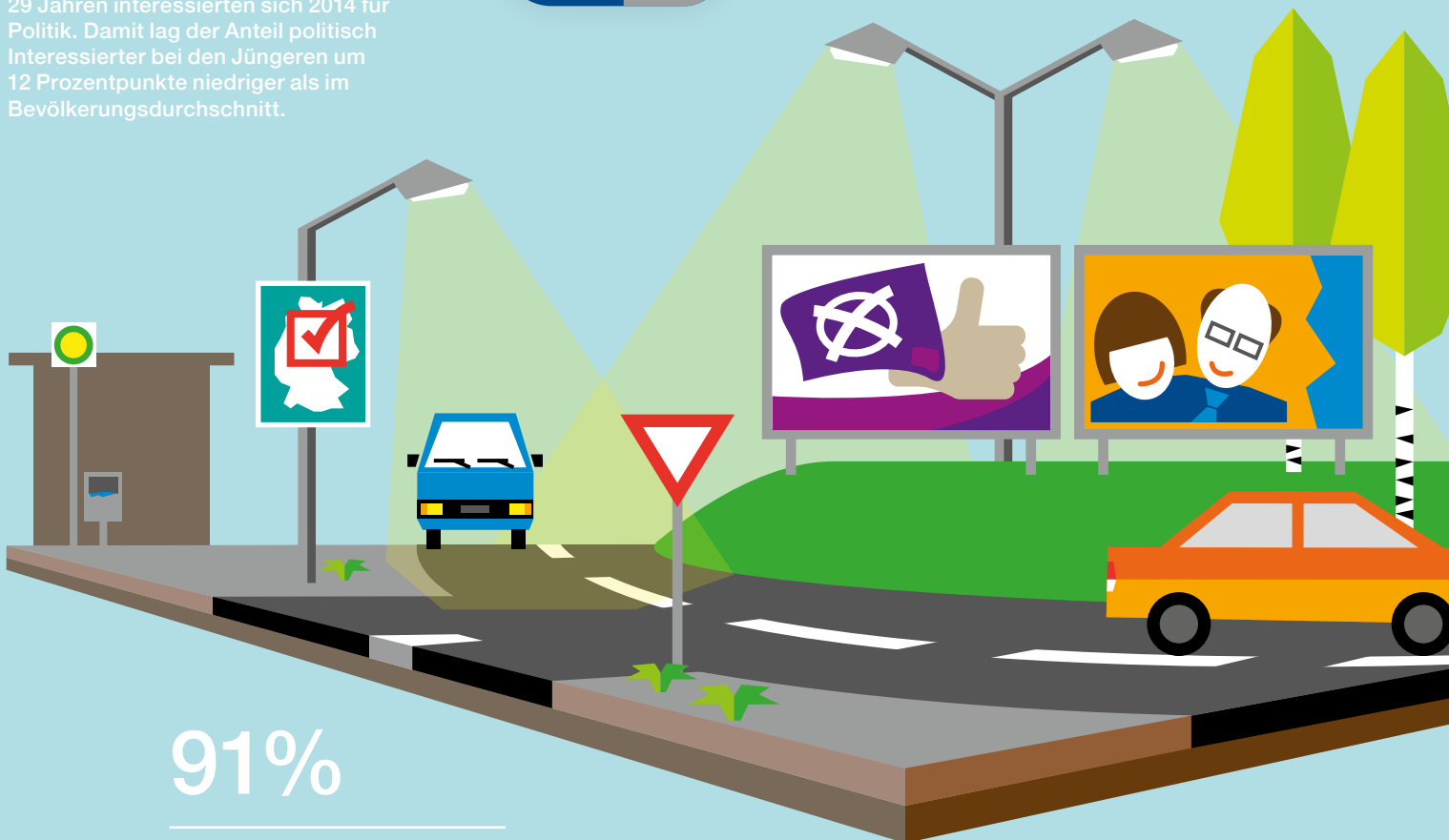
der Ostdeutschen und 90 % der Westdeutschen empfanden 2014 die Demokratie als beste Staatsform.

4 %

der Deutschen waren 2014 Mitglied einer politischen Partei.

26 %

der Westdeutschen zwischen 18 und 29 Jahren interessierten sich 2014 für Politik. Damit lag der Anteil politisch Interessierter bei den Jüngeren um 12 Prozentpunkte niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt.



91 %

der Dänen waren 2015 mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zufrieden; bei den Deutschen waren es 71 %.

ca. 90 %

der Bürgerinnen und Bürger stimmten 2014 einer staatlichen Zuständigkeit für soziale Absicherung zu.

13 Demokratie und politische Partizipation

13.1 Teilnahme am politischen Leben durch Wahlen

Brigitte Gisart

Destatis

Ein freier und demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mitgestalten – darüber kann die amtliche Statistik einige Anhaltspunkte liefern.

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts spielt dabei eine zentrale Rolle, denn mit ihr wird über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land, Bund und der Europäischen Union entschieden. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine gesetzliche Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – auch als Gradmesser für das politische Interesse der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt. [► Info 1](#)

13.1.1 Bundestagswahlen

Gemäß Artikel 39 Absatz 1 des Grundgesetzes wird der Bundestag auf vier Jahre

gewählt. Seit der Bundestagswahl 2009 sind eine Reihe wahlrechtlicher Neuregelungen in Kraft getreten, insbesondere für die Zuteilung der Sitze im Deutschen Bundestag. Nunmehr sind bei der Sitzverteilung in Wahlkreisen direkt gewonnene Mandate, die nicht von den für sie im Verhältnis abgegebenen Zweitstimmen gedeckt sind (sogenannter Zweitstimmenproporz), durch weitere Mandate auszugleichen, um den Grundcharakter der Verhältniswahl zu wahren. Einzelheiten hierzu enthalten die Internetseiten des Bundeswahlleiters.

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag fand am 22. September 2013 statt. Wahlberechtigt waren 61,9 Millionen Deutsche, von denen sich 44,3 Millionen an der Wahl beteiligten, das sind 71,5 %. Die Wahlbeteiligung lag damit lediglich 0,7 Prozentpunkte über dem bislang niedrigsten Wert von 2009 (70,8 %). Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den Bundesländern, ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild. In acht Ländern lag sie über dem Bundesdurchschnitt. Am höchsten war sie in Baden-Württemberg mit 74,3 %, gefolgt von Niedersachsen mit 73,4 % und Hessen mit 73,2 %. Die niedrigsten Wahlbeteiligungen gab es in Thüringen mit 68,2 %, Mecklenburg-Vorpommern mit 65,3 % und in Sachsen-Anhalt mit 62,1 %. In allen neuen Län-

dern lag die Wahlbeteiligung, wie bereits seit der Bundestagswahl 2002, unter dem Bundesdurchschnitt. ▶ Tab 1, Abb 1

Jede Wählerin und jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der Erststimme entscheiden die Wählerinnen und Wähler für 299 Bundestagswahlkreise, welche Direktkandidatin beziehungsweise welcher Direktkandidat sie im Deutschen Bundestag vertreten soll. Mit der Zweitstimme entscheidet sich die Wählerin beziehungsweise der Wähler für eine bestimmte Partei (Landesliste). Die Zweitstimmen sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag ausschlaggebend. ▶ Abb 2

Die CDU erreichte im Herbst 2013 einen Zweitstimmenanteil von 34,1 % und wurde damit stärkste Partei. Gegenüber der Bundestagswahl 2009 gewann sie 6,9 Prozentpunkte hinzu. In allen Ländern (ohne Bayern) konnte sie Gewinne erzielen – zwischen 4,3 Prozentpunkten in Hamburg und 11,2 Prozentpunkten in Brandenburg sowie Baden-Württemberg. Außer in Bremen und Hamburg wurde sie in allen Ländern stärkste Partei.

Auch die CSU konnte im Herbst 2013 einen Gewinn an Zweitstimmen verbuchen. Der Zweitstimmenanteil stieg von 42,5 % (2009) auf 49,3 % der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 7,4 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet – ihr Zweitstimmenanteil stieg gegenüber der Bundestagswahl 2009 um 0,9 Prozentpunkte.

Die SPD errang bei der letzten Bundestagswahl 25,7 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der ihr Zweitstimmenanteil 23,0 % betragen hatte, gewann sie somit 2,7 Prozentpunkte. Im früheren Bundesgebiet erhielt sie bis zu 6,3 Prozentpunkte mehr Zweitstimmenanteile als 2009. Die höchsten Gewinne erzielte die SPD im Saarland, in Bremen und in Hamburg. In den neuen Ländern gab es nur in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern Gewinne von 1,3 beziehungsweise 1,2 Prozentpunkten. In Brandenburg und Thüringen hingegen

▶ Info 1

Wer ist wahlberechtigt?

Das Recht, sich aktiv an einer Wahl zu beteiligen, steht den Menschen zu, die am Wahltag unter anderem folgende Voraussetzungen erfüllen:

- in der Regel der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit,
- das Erreichen eines Mindestalters und
- eine Mindestdauer der Sesshaftigkeit im Wahlgebiet.

Außerdem darf kein Wahlrechtsausschluss vorliegen. Das Wahlrecht kann unter anderem nämlich durch richterliche Entscheidung für die Dauer von zwei bis fünf Jahren entzogen werden, wenn eine schwere Straftat (zum Beispiel Landesverrat) begangen wurde.

Bei der **Bundestagswahl** sind alle mindestens 18-jährigen Deutschen wahlberechtigt, die im Inland seit mindestens drei Monaten eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten. Auch im Ausland lebende Deutsche (sogenannte Auslandsdeutsche) können sich aktiv an Bundestagswahlen beteiligen, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen und eine Eintragung in ein Wählerverzeichnis beantragen.

Bei **Landtagswahlen** sind alle Deutschen wahlberechtigt, die am Wahltag das 18. Lebensjahr (in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein das 16. Lebensjahr) vollendet haben und seit mindestens drei Monaten im jeweiligen (Bundes-)Land sesshaft sind.

Wahlberechtigt zur **Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments** aus der Bundesrepublik Deutschland sind alle mindestens 18-jährigen Deutschen, die seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder den übrigen Mitgliedstaaten der EU wohnen oder sich sonst gewöhnlich aufhalten. Ferner sind die Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der EU mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Bundesgebiet (sogenannte Unionsbürgerinnen und -bürger) sowie die oben genannten Auslandsdeutschen wahlberechtigt.

Voraussetzung für die Teilnahme an **Kommunalwahlen** ist ebenfalls das Wohnen oder der sonstige gewöhnliche Aufenthalt in der jeweiligen Gemeinde. In einigen Ländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) gilt ein Mindestalter von 16 Jahren. Das Grundgesetz gibt außerdem vor, dass bei Wahlen in Kreisen und in Gemeinden außer Deutschen auch Unionsbürgerinnen und -bürger wahlberechtigt sind.

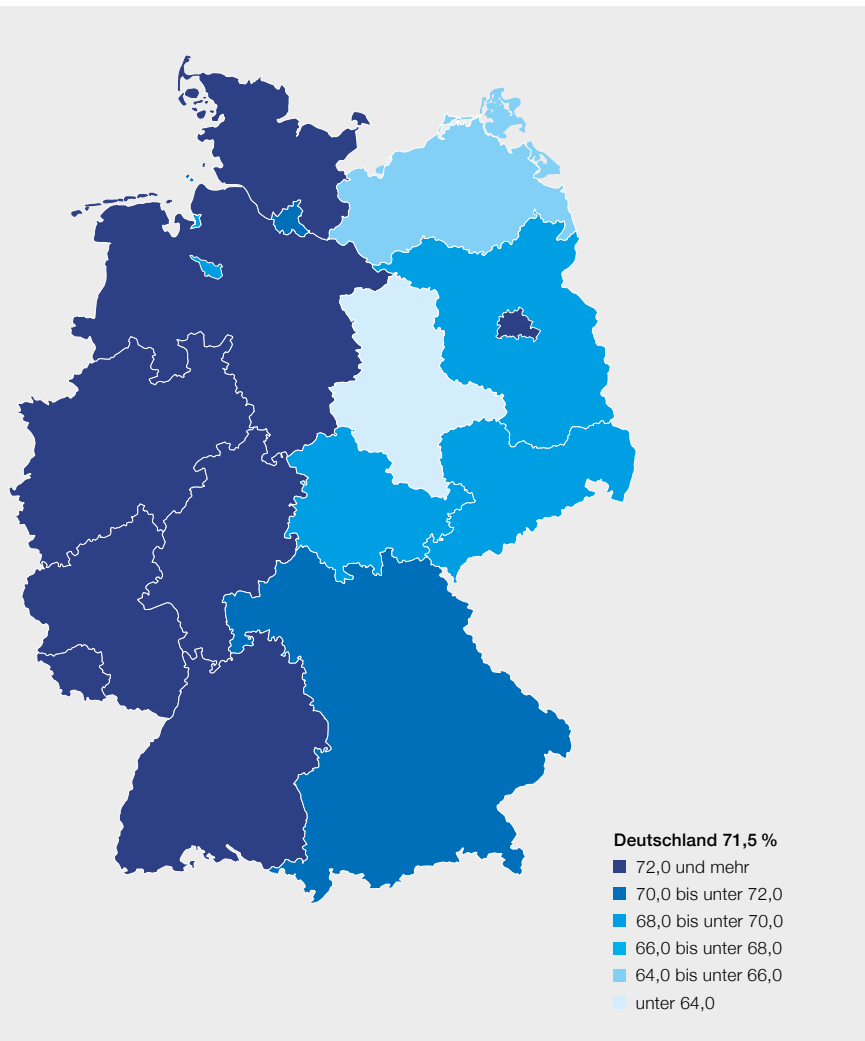
▶ Tab 1 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
	in 1 000	in %
1949 ¹	31 208	78,5
1953 ¹	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2
2002	61 433	79,1
2005	61 871	77,7
2009	62 168	70,8
2013	61 947	71,5

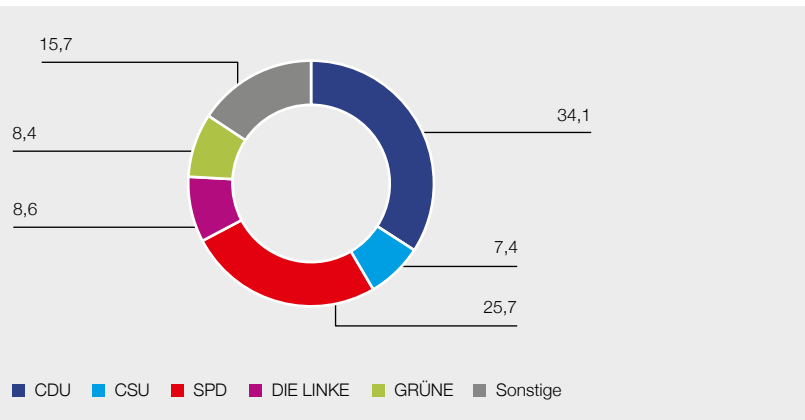
Bis 1987 früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), seit 1990 Deutschland.

¹ Ohne Saarland.

► **Abb 1** Wahlbeteiligung nach Bundesländern bei der Bundestagswahl 2013 — in Prozent



► **Abb 2** Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2013 — in Prozent



hatte sie Verluste in Höhe von 2,0 beziehungsweise 1,5 Prozentpunkten hinzunehmen.

DIE LINKE gewann bei der letzten Bundestagswahl 8,6% der gültigen Zweitstimmen. Das ist gegenüber der Bundestagswahl 2009 ein Verlust von 3,3 Prozentpunkten. Sie verlor in allen Ländern Stimmenanteile, und zwar zwischen 1,7 Prozentpunkten in Berlin und 11,2 Prozentpunkten im Saarland.

Die GRÜNEN erhielten 2013 von allen gültigen Zweitstimmen 8,4% und verloren damit gegenüber der vorherigen Bundestagswahl 2,3 Prozentpunkte an Zweitstimmen. Auch die GRÜNEN hatten in allen Ländern Stimmeneinbußen zu verzeichnen. Am niedrigsten waren die Verluste mit 1,1 Prozentpunkten in Thüringen und im Saarland, am höchsten in Berlin mit 5,0 Prozentpunkten.

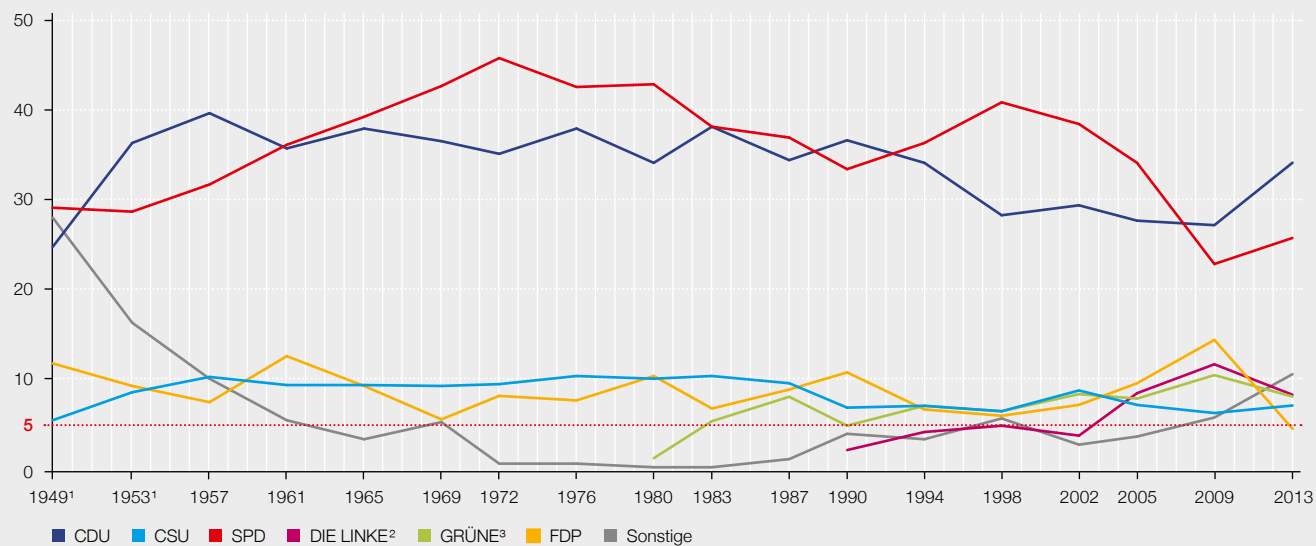
Die FDP erhielt 2013 nur 4,8% der gültigen Zweitstimmen und somit 9,8 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2009. Damit ist sie erstmals seit Gründung der Bundesrepublik nicht im Bundestag vertreten. Die FDP verlor in allen Ländern Zweitstimmenanteile, und zwar zwischen 6,8 Prozentpunkten in Brandenburg und 12,6 Prozentpunkten in Baden-Württemberg.

Fasst man jeweils die Zweitstimmen für die Parteien der Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) und der Opposition (GRÜNE und DIE LINKE) zusammen, ergibt sich für die Koalition ein Zweitstimmenanteil von 67,2% und somit 504 Sitze im Deutschen Bundestag. Die Opposition verfügt dagegen lediglich über 127 Sitze. ► [Abb 3](#), [Abb 4](#)

Scheiden Abgeordnete während der Legislaturperiode aus dem Bundestag aus, werden sie aus der Landesliste derjenigen Partei ersetzt, für die sie bei der Wahl angetreten sind (Listennachfolge).

Frauen sind im Deutschen Bundestag immer noch deutlich unterrepräsentiert. Obwohl gut 2,2 Millionen mehr Frauen als Männer wahlberechtigt waren und der Anteil der weiblichen Abgeordneten in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen ist, stellen sie im 18. Deutschen

► **Abb 3** Stimmenanteile der Parteien bei Bundestagswahlen – in Prozent



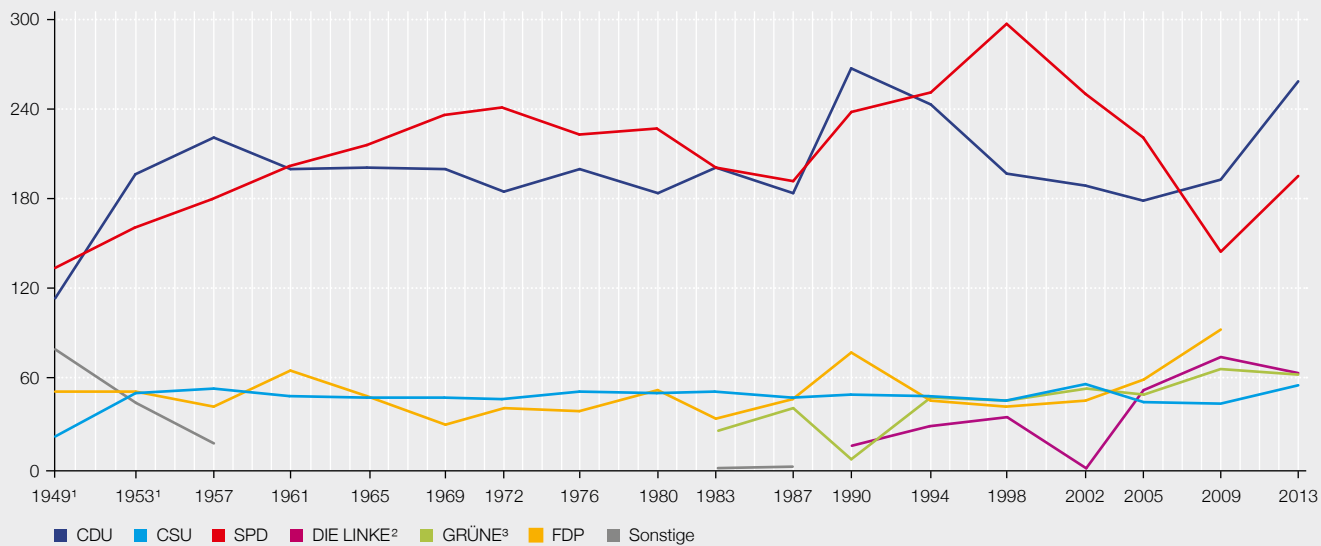
Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, seit 1990 Deutschland.

1 Ohne Saarland.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 1990 einschließlich Bündnis 90/Grüne.

► **Abb 4** Sitzverteilung im Deutschen Bundestag



Bis 1987: früheres Bundesgebiet einschließlich der Abgeordneten von Berlin-West, seit 1990 Deutschland.

1 Ohne Saarland.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 1990 einschließlich Bündnis 90/Grüne.

Bundestag mit 229 Mandaten nur gut ein Drittel (36 %) der 631 Abgeordneten. Dabei wurden 62 Direktmandate von Frauen gewonnen. Im 12. Deutschen Bundestag 1990 lag der Frauenanteil noch bei rund 20 %. DIE LINKE und die GRÜNEN erreichten mit jeweils 56 % der Abgeordneten den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der SPD (42 %) und der CSU sowie der CDU mit jeweils 25 %.

Die repräsentative Wahlstatistik zeigt sehr deutlich mit der Veränderung der Zahlenstärke der einzelnen Altersgruppen die demografische Entwicklung der

deutschen Bevölkerung. Die Generation der 30- bis 59-Jährigen stellte mit 30,8 Millionen bei der Bundestagswahl 2013 die Hälfte aller Wahlberechtigten (50 %). Die Altersgruppe ab 60 Jahren umfasste mit 21,3 Millionen gut ein Drittel (34 %) aller potenziellen Wählerinnen und Wähler. Die jüngere Generation unter 30 Jahren machte mit 9,8 Millionen nur knapp ein Sechstel (16 %) aller Wahlberechtigten aus. [▶ Info 2](#)

Die Betrachtung der durchschnittlichen Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg zeigt keine signifikanten

Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Dagegen waren die altersspezifischen Unterschiede stärker ausgeprägt. Die geringste Wahlbeteiligung war 2013 in den Altersgruppen der unter 30-Jährigen zu beobachten. Nahmen die Erstwählerinnen und -wähler noch zu 64,2 % an der Wahl teil, ließ das Interesse bei den 21- bis 24-Jährigen nach. In dieser Altersgruppe war die niedrigste Wahlbeteiligung mit 60,3 % zu verzeichnen. Von den 25- bis 29-Jährigen machten 62,4 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch. In den folgenden Altersgruppen nahm die Wahlbeteiligung

▶ Info 2

Was ist die repräsentative Wahlstatistik?

Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung. In die Auswahl einbezogen werden bis zu jeweils 5 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke im gesamten Bundesgebiet und nicht mehr als jeweils 10 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke in einem Land. Dabei müssen die ausgewählten Urnenwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen und ausgewählte Briefwahlbezirke mindestens 400 Briefwählerinnen und -wähler bei der vorherigen Wahl umfasst haben. Bei der Bundestagswahl 2013 waren fast 2,5 Millionen Wahlberechtigte in der Stichprobe, dies entspricht einem Anteil von 4,0 %.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahlstatistik, bei der es sich um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse und der dort angefallenen Informationen handelt, stellt die repräsentative Wahlstatistik fest, in welchem Umfang sich die Wahlberechtigten beziehungsweise die Wählerinnen und Wähler aus verschiedenen Altersgruppen an der Wahl beteiligen und wie sie stimmen. Damit erlaubt sie bedeutende Rückschlüsse über deren Wahlverhalten und ihre Beteiligung am demokratischen Staatsleben.

Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Besonderheit im deutschen Wahlrecht und weltweit einmalig. Die Ergebnisse interessieren insbesondere die politischen Parteien und wahlwissenschaftliche Einrichtungen.

Bei der Bundestagswahl 2013 wurde zum 15. Mal seit 1953 und zum 5. Mal seit der ersten gesamtdeutschen Wahl im Jahr 1990 eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt.

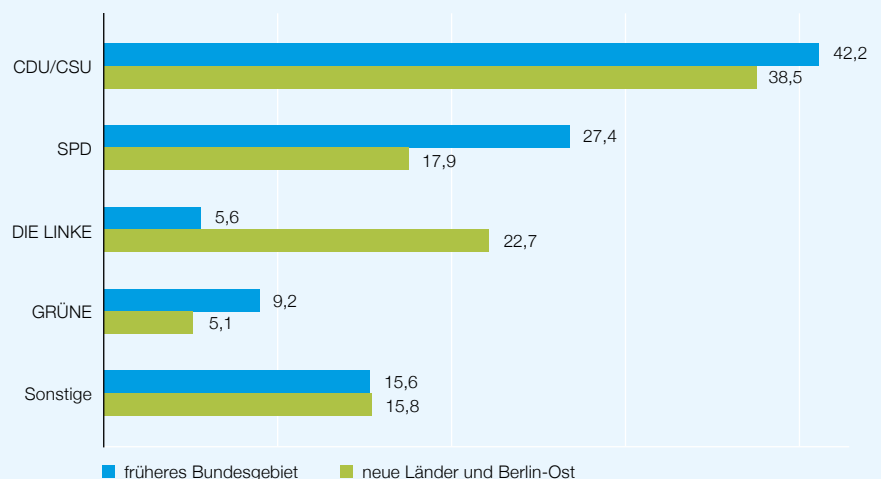
Wahlverhalten in Ost und West unterschiedlich

Vor 25 Jahren – am 18. März 1990 – fand in der DDR die erste freie und zugleich letzte Volkskammerwahl statt. Seit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 gilt für alle Deutschen das gleiche im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Wahlen. Doch auch heute zeigen sich noch Unterschiede im Wahlverhalten von Ost und West.

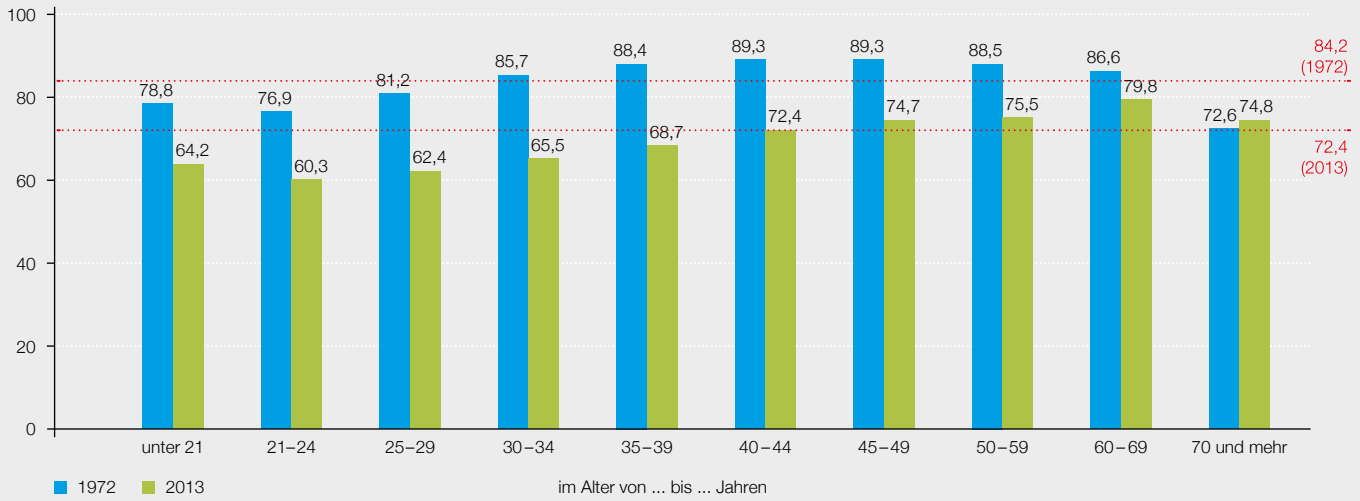
Vor allem fand DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2013 im Osten deutlich mehr Unterstützung (22,7 %) als

im Westen (5,6 %). Bereits 1990 hatte die Partei unter ihrem früheren Namen PDS im Osten klar besser abgeschnitten (11,1 %) als im Westen (0,3 %). Dafür erreichte die SPD sowohl 1990 als auch 2013 deutlich mehr Wählerinnen und Wähler im früheren Bundesgebiet (1990: 35,7 %; 2013: 27,4 %) als in den neuen Ländern (1990: 24,3 %; 2013: 17,9 %).

Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 – in Prozent

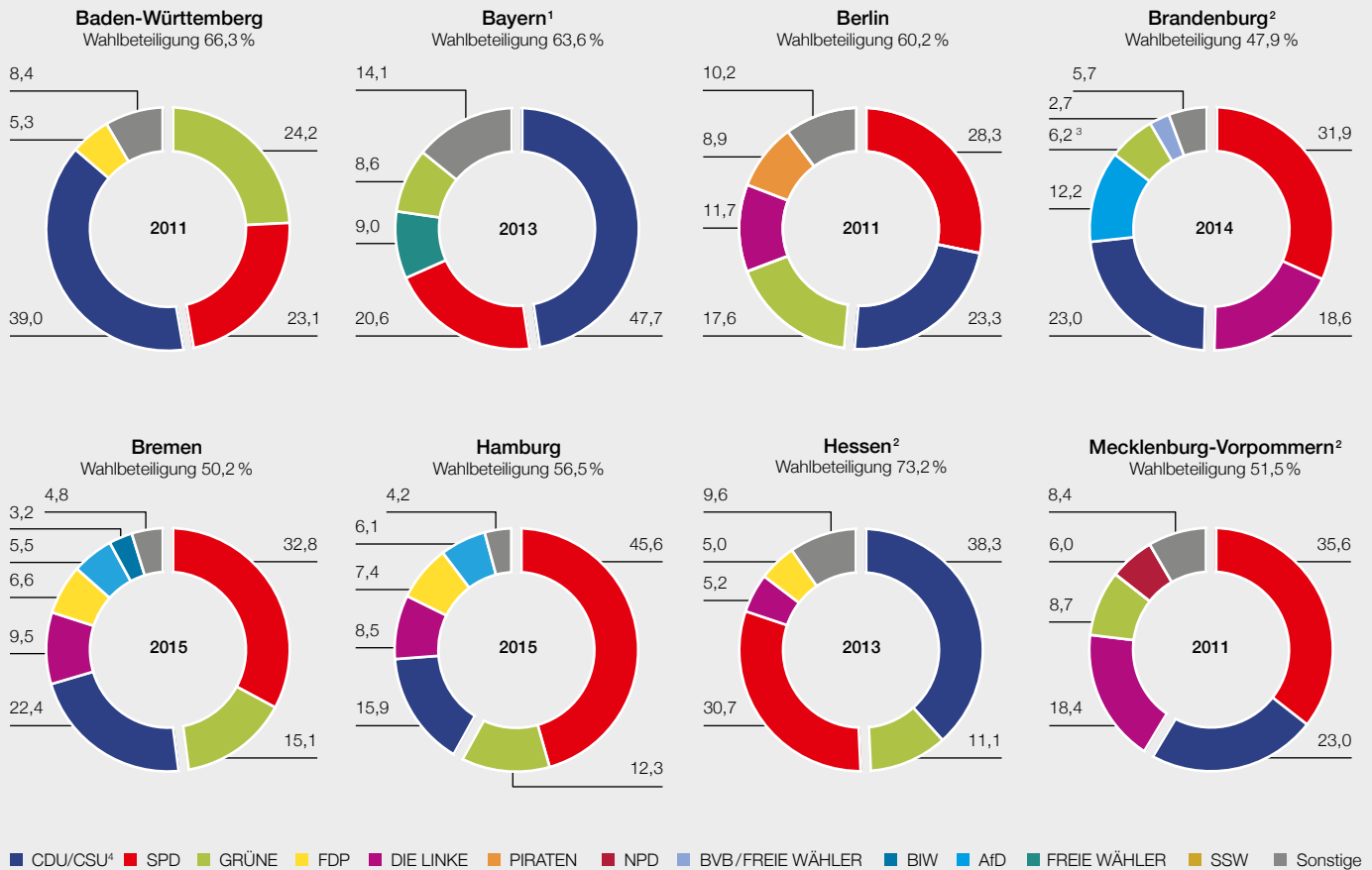


► Abb 5 Wahlbeteiligung nach Altersgruppen – in Prozent



Wahlbeteiligung in Prozent nach der repräsentativen Wahlstatistik.

► Abb 6 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen – in Prozent



weiter zu. Die 60- bis 69-Jährigen beteiligten sich mit 79,8 % am häufigsten an der Wahl. Im Hinblick auf diese Entwicklung und im Zusammenspiel mit der unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung der jüngeren Generationen ist das Einflusspotenzial der jüngeren Wählerinnen und Wähler gegenüber den Älteren überproportional geschwächt. ▶ Abb 5

Die Wählerschaften der sogenannten etablierten Parteien CDU, SPD und CSU bestanden überwiegend aus älteren Wählerinnen und Wählern. Bei der CDU waren 43 % 60 Jahre und älter, bei der SPD und der CSU waren es jeweils 40 %. Die Partei DIE LINKE fand mit 34 % ihren größten Rückhalt bei ihren 45- bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern. Bei den GRÜNEN-Wählerinnen und -Wählern waren 44 % jünger als 45 Jahre.

Unter »sonstige Parteien« sind alle übrigen Parteien, darunter die FDP, die PIRATEN und die AfD, zusammengefasst. Während bei den FDP-Wählerinnen und -Wählern der größte Anteil der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen angehörte, waren 56 % der Wählerschaft der PIRATEN jünger als 35 Jahre. Die Wählerschaft der AfD setzte sich zu 50 % aus den 35- bis 59-Jährigen zusammen. ▶ Tab 2

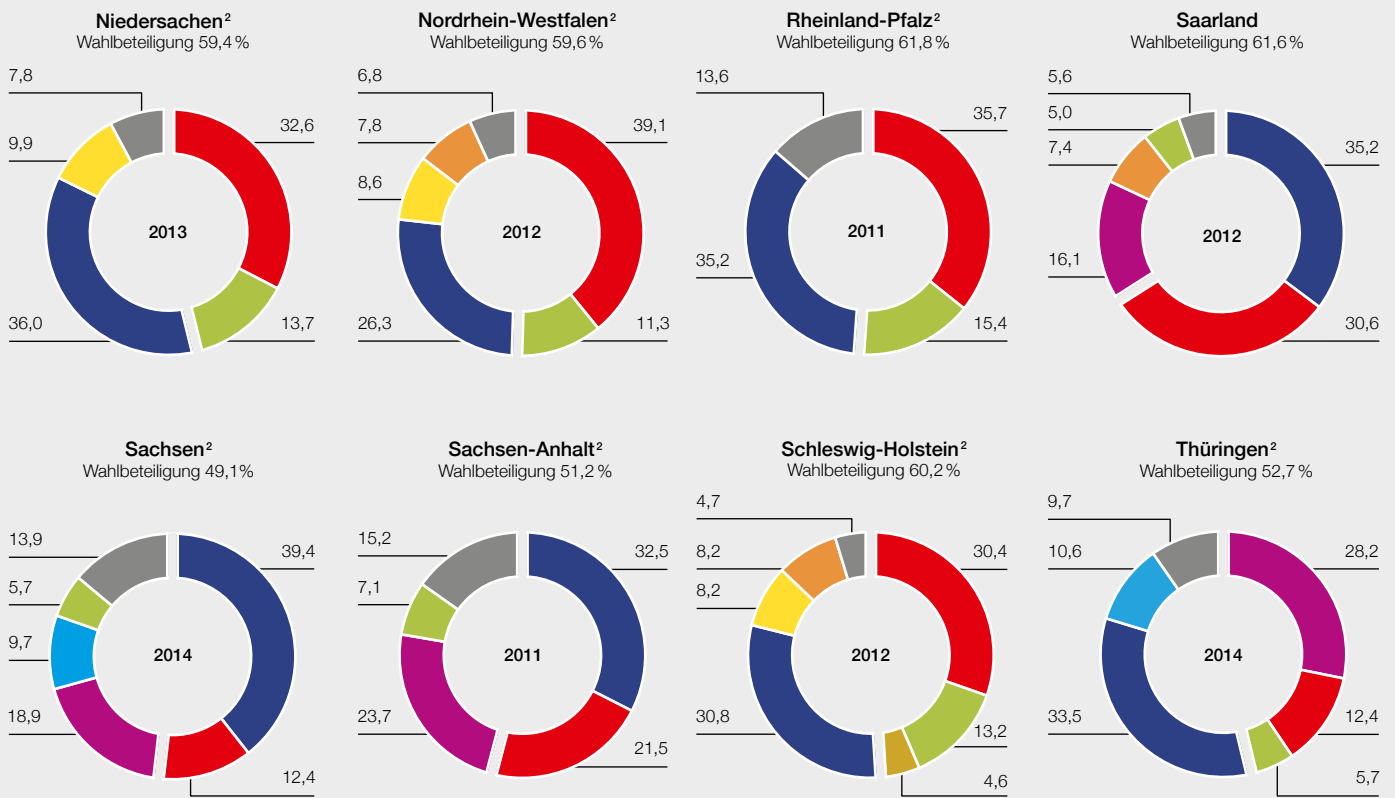
13.1.2. Landtagswahlen

In den Ländern stecken die jeweiligen Landesverfassungen den Rahmen für die Gestaltung des Landeswahlrechts ab. Die Wahlperioden erstrecken sich in fast allen Ländern über jeweils fünf Jahre. Im Februar 2015 wurde auch die Bürgerschaft in Hamburg erstmals auf fünf Jahre gewählt. Nun finden nur noch die

Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft im vierjährigen Turnus statt.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen grundsätzlich niedriger. Die Unterschiede sind jedoch von Land zu Land verschieden stark ausgeprägt: Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Hessen im Jahr 2013 mit 73,2 % erreicht, die niedrigste bei der Wahl 2014 in Brandenburg mit 47,9 %. ▶ Abb 6

In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist auf Länderebene die SPD jeweils mit der CDU ein Regierungsbündnis eingegangen, in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz regiert sie gemeinsam mit den GRÜNEN, in Schleswig-Holstein mit den GRÜNEN und dem SSW (Süd-



Rechter Halbkreis = Regierungsparteien. 1 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen. 2 Zweitstimmen. 3 GRÜNE/B 90. 4 CSU nur in Bayern.

► Tab 2 Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013

	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählerinnen und Wählern im Alter von ... bis ... Jahren					
	18–24	25–34	35–44	45–59	60–69	70 und älter
CDU	5,4	10,7	13,4	27,7	15,0	27,8
CSU	6,4	11,4	14,1	27,9	15,7	24,5
SPD	7,0	10,5	11,7	30,8	16,1	24,0
DIE LINKE	6,3	12,3	13,0	34,3	17,1	17,0
GRÜNE	10,3	15,6	18,4	37,1	10,0	8,6
Sonstige	11,5	17,4	16,4	29,4	11,7	13,6
↳ FDP	7,5	12,2	14,1	27,6	14,9	23,6
↳ PIRATEN	25,3	30,7	17,7	20,1	3,8	2,4
↳ AfD	8,3	14,1	16,1	34,3	14,3	12,8
Insgesamt	7,3	12,3	13,9	30,1	14,6	21,8

schleswigscher Wählerverband). In Brandenburg koalitiert die SPD mit der Partei DIE LINKE. In Hessen bildet die CDU zusammen mit den GRÜNEN, im Saarland, in Sachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der SPD die Landesregierungen. In Bayern regiert die CSU allein. Die GRÜNEN koalieren in Baden-Württemberg mit der SPD und stellen seit 2011 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auch den Ministerpräsidenten. Ebenfalls erstmals in der Geschichte Deutschlands stellt die Partei DIE LINKE den Ministerpräsidenten in Thüringen. Dort gehören noch SPD und die GRÜNEN der Regierung an.

Während von den sogenannten etablierten Parteien die CDU (in Bayern CSU), SPD und GRÜNE in allen Landtagen vertreten sind, haben Abgeordnete der FDP in sieben und Abgeordnete der Partei DIE LINKE in zehn Landesparlamenten Sitze eingenommen. Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ist seit ihrer Gründung im Jahr 2006 bei der jeweils letzten Landtagswahl in allen Ländern mit eigenen Wahlvorschlägen angetreten und konnte in vier Landesparlamenten zwischen 3 und 20 Sitze erzielen. Die 2013 gegründete Alternative für Deutsch-

land (AfD) nahm bisher an sechs Landtagswahlen teil. Sie stellt seitdem in fünf Landtagen zwischen 4 und 14 Abgeordnete.

13.1.3 Europawahlen

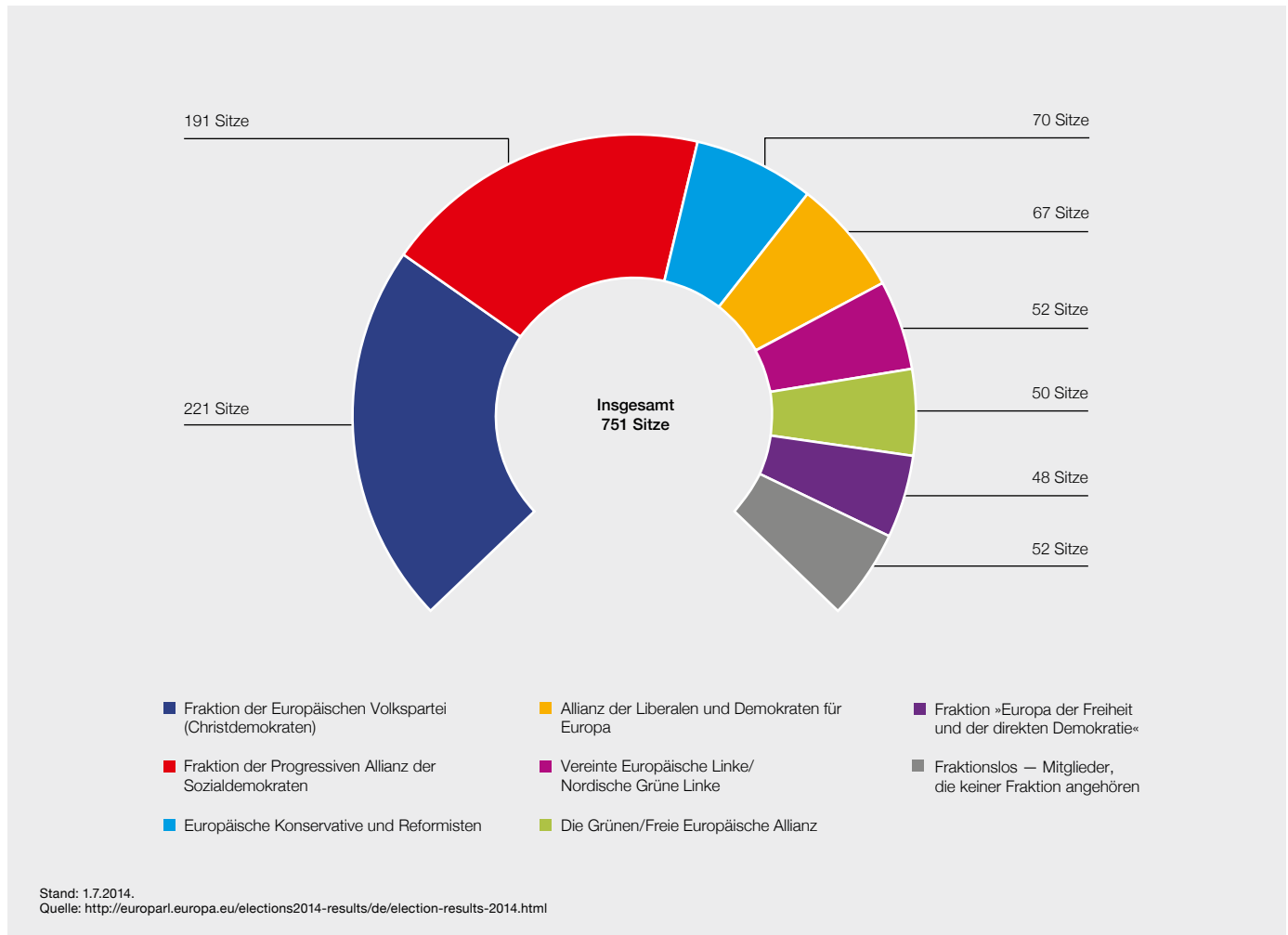
Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährlichem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Gegensatz zur Wahl zum Deutschen Bundestag mit ihrem Mischsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahl erfolgt die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit nur einer Stimme. Die letzte Europawahl fand in den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 22. bis 25. Mai 2014 statt, in Deutschland am 25. Mai. Deutschland ist derzeit mit 96 Sitzen im EU-Parlament vertreten. Nach Wegfall der 3-Prozent-Sperrklausel wurden in die Sitzverteilung alle Wahlvorschläge einbezogen. Davon entfallen auf die CDU 29, die SPD 27, die GRÜNEN 11, die CSU 5, DIE LINKE und die AfD jeweils 7 und die FDP 3 Sitze. Jeweils einen Sitz erhielten die FREIEN WÄHLER, die Tierschutzpartei, die FAMILIE, die PIRATEN, die ÖDP, die NPD und Die PARTEI.

Im Europäischen Parlament haben sich die Mitglieder zu acht Fraktionen zusammengeschlossen. Sie setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen. ► Abb 7

Insgesamt waren im Mai 2014 rund 400 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung war bisher bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den fast 62 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland machten nur 48,1 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Gleichwohl ist die Wahlbeteiligung um 4,9 Prozentpunkte gegenüber 2009 gestiegen und liegt über dem Durchschnittswert der EU (42,6 %). ► Info 3

Die Wahlbeteiligung war im Zusammenhang mit der dort bestehenden Wahlpflicht in Belgien mit 89,6 % und in Luxemburg mit 85,6 % wie bei früheren Europawahlen am höchsten. Es folgten Malta mit 74,8 %, Griechenland mit 60,0 %, Italien mit 57,2 % und Dänemark mit 56,3 %. Auch in Griechenland und Italien ist die Pflicht, sich aktiv an Wah-

► Abb 7 Sitzverteilung im Europäischen Parlament, nach Fraktionen im Juli 2014



len zu beteiligen, in den dortigen Verfassungen verankert. Das Fernbleiben von Wahlen ist aber nicht mehr sanktioniert. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Polen (23,8 %), der Tschechischen Republik (18,2 %) und der Slowakei (13,1 %). In acht EU-Staaten war die Wahlbeteiligung höher als in Deutschland. Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 23,5 Prozentpunkte und wurde in Lettland registriert.

Weiterführende Informationen zu den Ergebnissen der Europawahl sind online abrufbar unter www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html

► Info 3

Doppelte Staatsangehörigkeit – doppelte Wahlberechtigung?

Am Abend der Europawahl 2014 bekannte ein Journalist in einer Talkshow, er habe zweimal gewählt. Er hatte sowohl als deutscher als auch als italienischer Staatsbürger eine Wahlbenachrichtigung erhalten. Auf Nachfrage äußerte er, es sei ihm nicht bewusst gewesen, nur in einem Land wählen zu dürfen.

Personen, die sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU) besitzen, sind sowohl in Deutschland als auch in dem anderen Mitgliedstaat bei der Europawahl wahlberechtigt. Doppelstaater dürfen jedoch – wie alle anderen Wahlberechtigten – nur einmal wählen, entweder in Deutschland oder in dem anderen Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen.

Das Verbot der mehrfachen Stimmabgabe bei der Europawahl ist von Artikel 4 der Europawahlrichtlinie der EU vorgegeben und gilt für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen. In Deutschland ist es im Europawahlgesetz geregelt. Wer gegen dieses Verbot verstößt, macht sich wegen Wahlfälschung strafbar (§ 107a des Strafgesetzbuches). Auf beides wird jeweils in den Wahlbekanntmachungen der Gemeindebehörden nach § 41 Europawahlordnung hingewiesen, die auch am Eingang jedes Wahlgebäudes angebracht sind. Ferner weist der Bundeswahlleiter in Pressemitteilungen ausdrücklich darauf hin, dass das Wahlrecht nur einmal ausgeübt werden darf.

13.2 Politische Integration und politisches Engagement

Bernhard Weßels
WZB

WZB/SOEP

In sich immer stärker sozial und kulturell differenzierenden Gesellschaften wie der Bundesrepublik ist die Frage der Integration und der Teilhabe von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für den Bereich der Politik in einer demokratischen Gesellschaft. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürger ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, ist von zentraler Bedeutung für gleiche Teilhabechancen und politische Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Es ist aber davon auszugehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration zurückfällt oder starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik darauf verweisen, dass eine gleichmäßige Integration nicht gelingt. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen, über Politik- und Parteienverdrossenheit sowie über sozial bedingte politische Ungleichheit legen nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger der Bundesrepublik heute weniger politisch beteiligen als früher und ob sich Unterschiede zwischen sozialen, demografischen oder regionalen Gruppen ergeben. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren

Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Zudem stellt sich selbst mehr als zwei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung die Frage, ob die Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die in den alten Bundesländern politisch integriert sind und ähnlich stark Zugang zum politischen Willensbildungsprozess finden.

13.2.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, um festzustellen, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob Politik für die Bürger wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands 1990 war er am höchsten und ist danach deutlich abgesunken. Seit 1994 liegt der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, in Westdeutschland im Durchschnitt bei 30 %, erreicht aber 2014 wieder einen so hohen Wert wie 1990. Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er-Jahre. So waren 1969 lediglich 18 % stark oder sogar sehr stark an Politik interessiert. In Ostdeutschland sind im Durchschnitt etwas weniger Bürger stark oder sehr stark an Politik interessiert als in Westdeutschland. Seit dem Jahr 2010 ist dieser Unterschied allerdings verschwunden und auch in Ostdeutschland

erreicht das politische Interesse 2014 einen Spitzenwert. ▶ Abb 1

Deutlicher unterscheidet sich das Ausmaß des politischen Interesses zwischen den jüngeren und älteren Bürgern, was in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten ist. Unter den 18- bis 29-Jährigen finden sich weit weniger politisch Interessierte als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen existiert seit 1991. Davor war das Interesse der Jüngeren nur unmaßgeblich geringer ausgeprägt. Im Durchschnitt der Jahre 1994 bis heute liegt das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen mit 21 % in West- und 19 % in Ostdeutschland etwa 8 bis 9 Prozentpunkte unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. 2010 lag das Interesse der Jüngeren in Westdeutschland sogar 14 Prozentpunkte unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Zwar ist die Differenz zwischen Jüngeren und Bevölkerungsdurchschnitt auf 6 bis 7 Prozentpunkte zurückgegangen, sie liegt 2014 aber wieder bei über 10 Prozentpunkten.

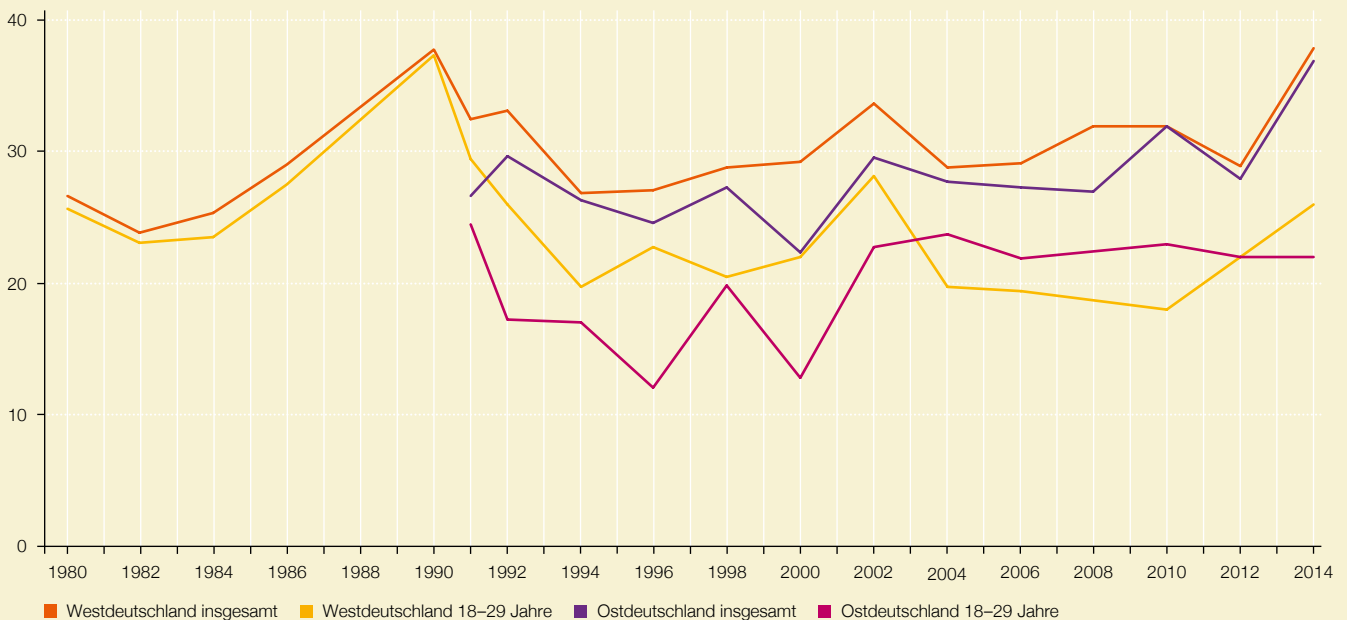
etwas über 20 und 30 Prozentpunkten, weisen aber keinen Trend auf. Eine Zu- oder Abnahme bildungsbedingter Schichtung im politischen Interesse ist seit 1986 – seitdem liegen im ALLBUS Daten vor – also nicht festzustellen.

Noch größer als die Differenz zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt ist die Differenz zwischen Bürgern ohne und Bürgern mit Hochschulabschluss. Unter den Bürgern mit Hochschulabschluss liegt der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessieren, in Westdeutschland 2014 bei 60 % und in den neuen Bundesländern bei 63 %. Damit liegt er im Westen 21 und im Osten 25 Prozentpunkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das politische Interesse ist also deutlich durch soziale Unterschiede geprägt, regionale Unterschiede zwischen Ost und West sind nicht mehr festzustellen. Die Unterschiede im politischen Interesse zwischen Bürgern mit und ohne Hochschulabschluss schwanken im Zeitverlauf. Sie liegen in der Regel zwischen

etwas über 20 und 30 Prozentpunkten, weisen aber keinen Trend auf. Eine Zu- oder Abnahme bildungsbedingter Schichtung im politischen Interesse ist seit 1986 – seitdem liegen im ALLBUS Daten vor – also nicht festzustellen.

Politisches Interesse ist sicher förderlich für politische Beteiligung. Das Repertoire der Beteiligungsformen hat sich über klassische, institutionalisierte Formen wie Wahlen hinaus in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet. Neben institutionellen Formen der Beteiligung nutzen Bürger sehr stark Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen, politische Versammlungen oder Ähnliches, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Leben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang wurde

▶ Abb 1 Politisches Interesse in der Bundesrepublik 1980–2014 — in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1980–2012, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet; eigene Berechnungen.

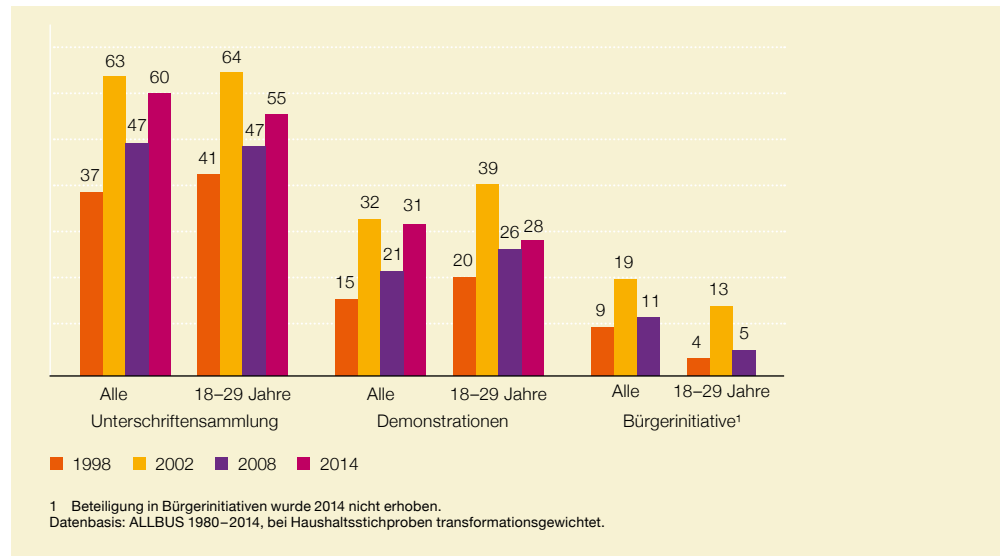
von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung als normale politische Handlungsformen etablierten. Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der sogenannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 1990er-Jahren recht stabil und steigen am Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. 1998 liegt der Anteil bei 37 %, 2002 mit 63 % sehr hoch, 2008 bei knapp der Hälfte der Bürger und 2014 wieder bei 60 %. An Demonstrationen nimmt in den 1990er-Jahren knapp ein Fünftel der Bevölkerung teil, 2002 sowie 2014 sind es sogar über 30 %. Nicht-institutionalisierte, sogenannte »unkonventionelle« Formen der Beteiligung werden häufig den Jüngeren zugeschrieben. Dementsprechend ist bei diesen Formen der Beteiligung keine Lücke zu lasten der Jüngeren zu erwarten, sondern eher, dass der Durchschnitt der Bevölkerung sich deutlich weniger in dieser Form beteiligt als die Jüngeren. Diese Erwartung trifft allerdings nicht zu, der Unterschied existiert nicht mehr. Eine »Konventionalisierung« des »Unkonventionellen« hat stattgefunden und Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gehören inzwischen zu den normalen politischen Beteiligungsformen der Bürger, egal ob jung oder alt. Der Unterschied zwischen den Jüngeren und dem Bevölkerungsdurchschnitt geht sogar eher zulasten der Jüngeren – wiederum ein Zeichen, wie »normal« sogenannte unkonventionelle Formen der Partizipation inzwischen geworden sind. ▶ **Abb 2**

Während sich von 1998 bis 2008 ähnlich hohe Anteile aus beiden Landesteilen an Demonstrationen beteiligen, liegt der Anteil der Ostdeutschen 2014 deutlich höher. Etwas anders sieht es bei der Mitarbeit in Bürgerinitiativen aus. Westdeutsche Bürger sind mit Anteilen von 10 bis 20 % etwas stärker engagiert als Bürger in Ostdeutschland mit Anteilen zwischen 6 und 13 %. ▶ **Abb 3**

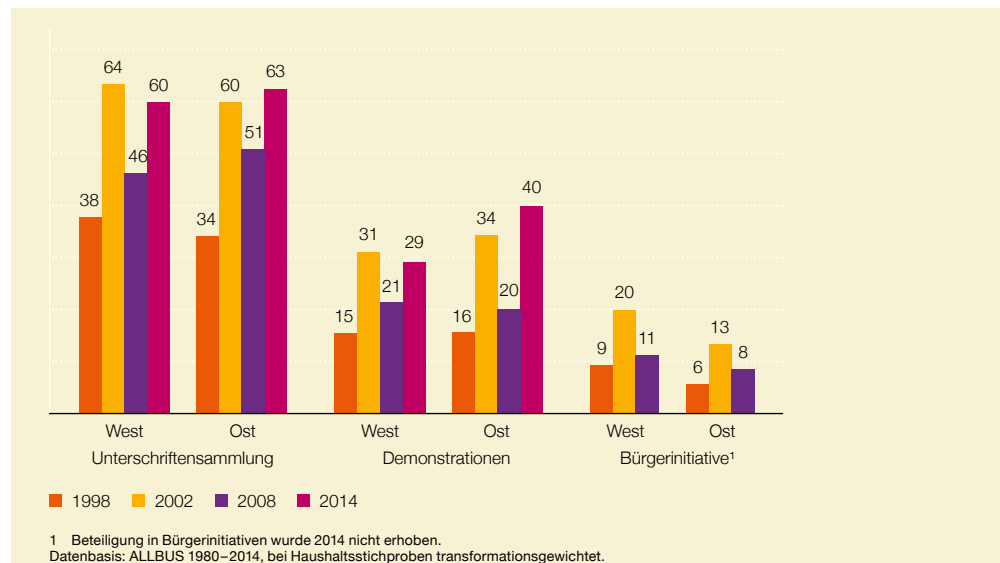
Allerdings existieren hier ähnlich starke bildungsgruppenbezogene Unterschiede wie beim politischen Interesse. Unter akademisch gebildeten Bürgerinnen und Bürgern liegt der Anteil derjenigen, die sich an Unterschriftensammlungen beteiligen, mit knapp 80 % mehr als 20 Prozentpunkte höher als bei denjenigen ohne Hochschulab-

schluss. Bei Demonstrationen ist der Unterschied noch größer: Etwa 60 % der Hochschulabsolventen, aber lediglich etwa ein Viertel derjenigen ohne Hochschulabschluss beteiligen sich 2014 an Demonstrationen. Ähnlich groß fallen die Unterschiede hinsichtlich des Besuchs politischer Versammlungen aus. Demge-

▶ **Abb 2 Nicht-institutionalisierte Beteiligung unter Jüngeren und im Durchschnitt 1998, 2002, 2008 und 2014 – in Prozent**



▶ **Abb 3 Nicht-institutionalisierte Beteiligung in Ost- und Westdeutschland 1998, 2002, 2008 und 2014 – in Prozent**



genüber erscheinen die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen und zwischen Jüngeren und Älteren marginal. Die bildungsbezogenen Unterschiede in der politischen Beteiligung verweisen auf eine sozial induzierte politische Ungleichheit, diese wiederum auf Defizite in der politischen Integration. ▶ Abb 4

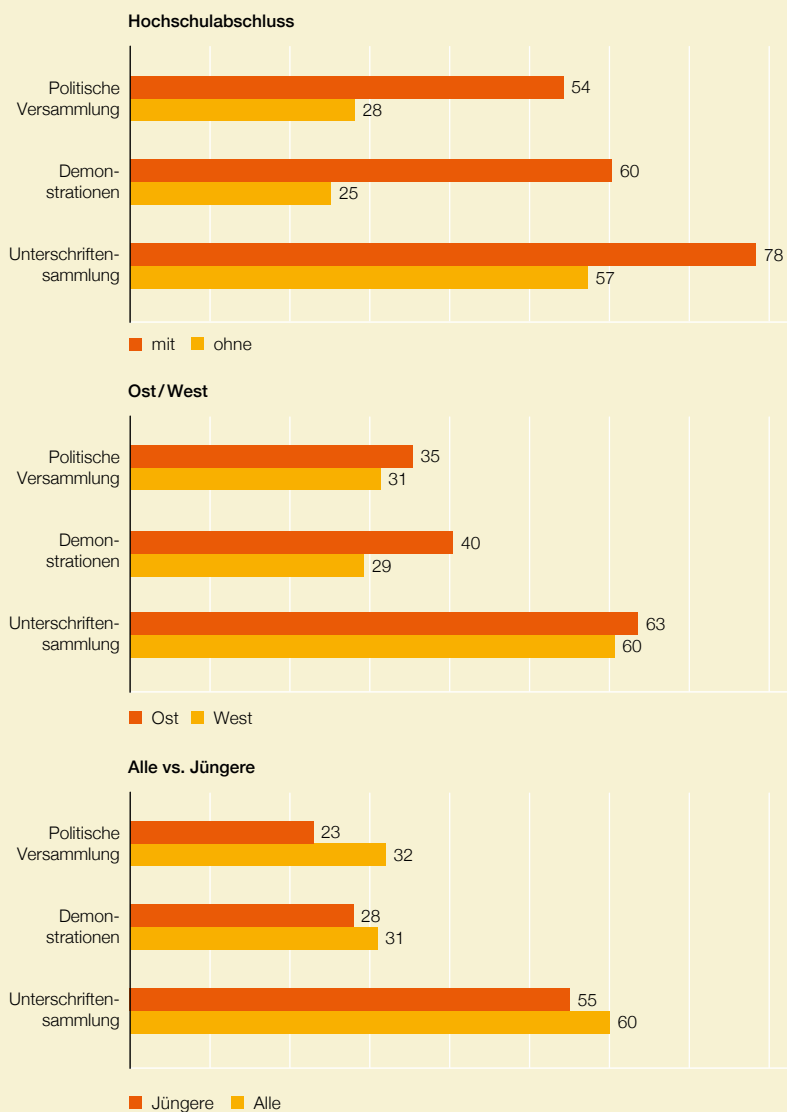
13.2.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und

dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedene Weise für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies jedoch in großem Umfang, weist es darüber hinaus auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen recht hohen Organisationsgrad aus. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Ein langfristiger Vergleich ist aufgrund von Unterschieden in den Befragungsinstrumenten leider nicht möglich. Eine lange Reihe von Vergleichen von 1986 bis 1998 zeigt, dass der Anteil der Bürger, die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne sind, in den alten Bundesländern für diese Zeit relativ konstant bei etwa 30 % liegt. Im selben Zeitraum ist der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen, organisiert ist, von 29 auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht. In den neuen

▶ Abb 4 Nicht-institutionalisierte Beteiligung nach Bildung, Region und Alter 2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 2014.

► Tab 1 Mitgliedschaft in Organisationen 2010 und 2014 – in Prozent

	Deutschland insgesamt				Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Mitglied		Aktives Mitglied/ Ehrenamt		Mitglied		Aktives Mitglied/ Ehrenamt		Mitglied		Aktives Mitglied/ Ehrenamt	
	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014
Arbeit und Wirtschaft												
Gewerkschaften ¹	11	12	12	.	9	13	1	.	2	9	1	.
Politisch oder wertgebunden												
Politische Parteien	3	4	.	.	2	5	.	.	7	5	.	.
Menschenrechtsorganisationen	1	2	1	2	2	2	1	1	1	0	0	1
Naturschutzorganisationen	6	6	2	3	7	7	2	3	4	3	2	3
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	1	1	2	1	0	1	1
Wohltätigkeitsvereine	10	7	5	7	11	8	5	8	6	3	3	4
Elternorganisationen	4	1	3	4	4	1	3	4	3	1	2	4
Selbsthilfe/Gesundheit	5	2	3	3	5	2	3	3	4	2	3	3
Rentner-, Seniorenvereine	2	1	1	2	2	1	1	2	3	1	2	2
Freizeit												
Kultur-, Musikvereine	12	4	9	8	14	5	10	8	8	1	6	7
Sportvereine	29	9	22	22	32	11	24	23	22	3	18	20
Sonstige Hobbyvereine	10	2	8	9	11	2	8	9	9	1	8	8
Mindestens einmal Mitglied												
Alle gelisteten Organisationen	56	36	–	–	59	38	–	–	50	22	–	–
Alle gelisteten, ohne Parteien und Gewerkschaften	50	25	39	40	53	28	40	41	43	14	40	36
- im Vergleich: Jüngere (18–29)	47	19	40	40	48	20	41	41	45	15	37	33
- im Vergleich: mit Hochschulabschluss	63	36	48	51	67	39	50	50	58	24	48	51
Freizeitorganisationen	41	14	33	32	45	16	35	33	33	5	28	28

1 Für 2010 Daten von 2008.

. Nicht erhoben.

– Nicht vorhanden.

Datenbasis: ALLBUS 2008, 2010 und 2014.

Bundesländern liegt 1992 der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch 9 Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zulasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert sind, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitglieder-

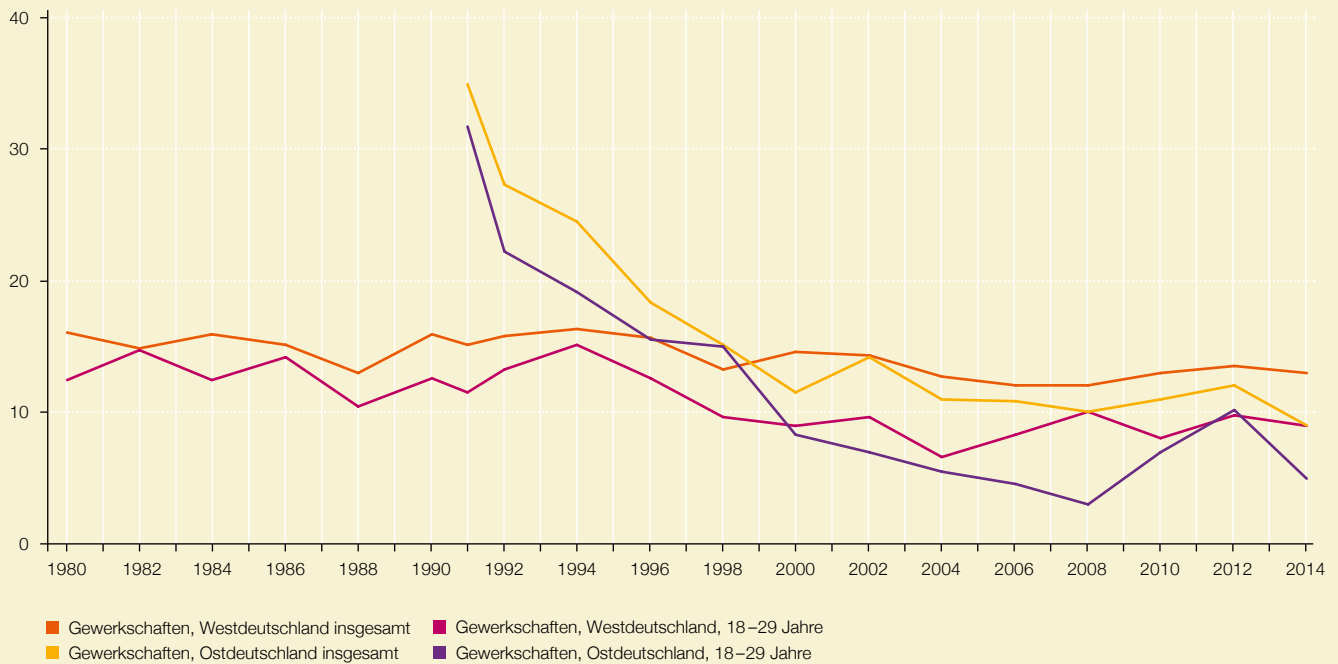
anteile um 3 Prozentpunkte feststellen. Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinanderentwickelt. Interessengruppen konnten an dem generellen Aufwärtstrend der Mitgliedschaften nicht teilhaben.

Jüngere Daten für 2010 und 2014, die aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nicht mit früheren Daten vergleichbar sind, erlauben keine Schlussfolgerungen über die Mitgliederentwicklung. Es liegt aber nahe zu vermuten, dass die Mitgliedschaft in Interessengruppen weiter zurückgegangen ist. Der Anteil nichtaktiver Mitgliedschaften liegt 2014 deutlich niedriger als 2010. ► Tab 1

Regionale Unterschiede zwischen Ost und West sind eher zu vernachlässigen. Auch existieren kaum Unterschiede zwischen dem Durchschnitt der Bürger und den Jüngeren in Bezug auf Mitgliedschaftsanteile, ob inaktiv oder aktiv, bei den Organisationen ohne Gewerkschaften und politischen Parteien. Das lässt sich jedoch nicht in Bezug auf Hochschulabsolventen sagen. Hier ergeben sich deutlich höhere Anteile für Akademiker als für den Bevölkerungsdurchschnitt. Auch bezogen auf Organisationsmitgliedschaften verteilt sich die Teilhabe ungleich zugunsten der besser Gebildeten.

Die langfristige Entwicklung der Mitgliedschaften der Bürger in Deutsch-

► Abb 5 Gewerkschaftsmitgliedschaft 1980–2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet.

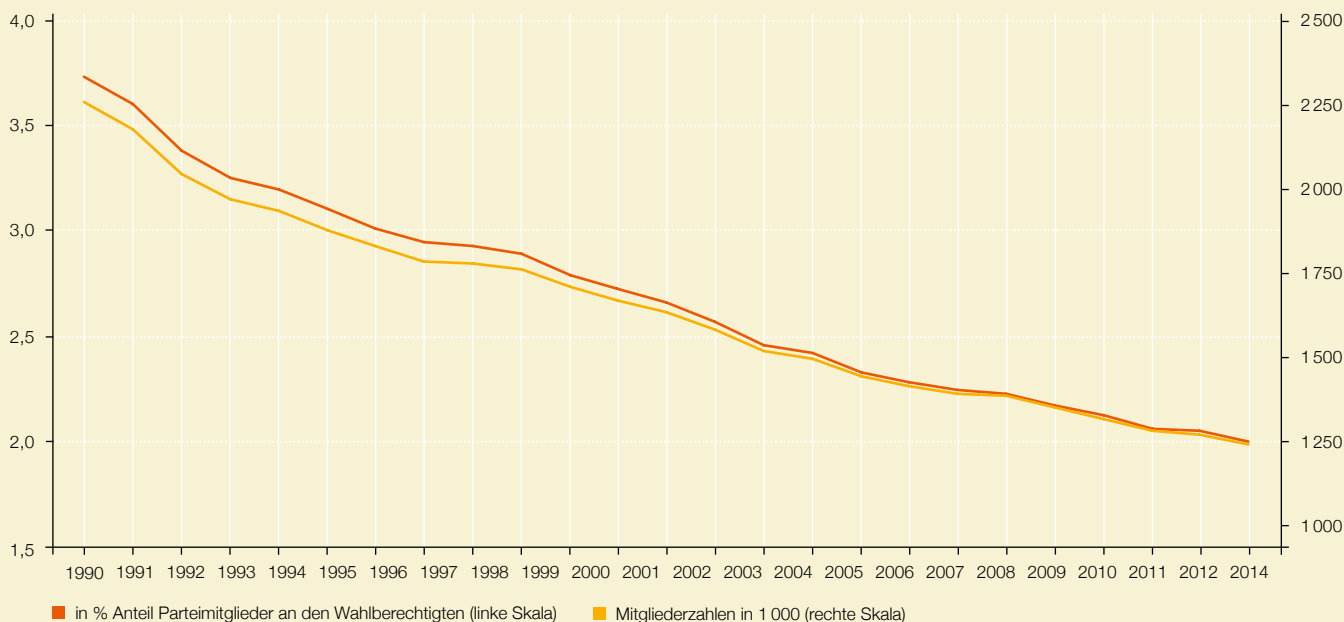
land lässt sich aufgrund veränderter Frageformate in den ALLBUS-Studien leider nicht über alle Organisationsbereiche hinweg beurteilen. Allerdings ist eine solche Beurteilung hinsichtlich der Gewerkschaftsmitgliedschaften möglich. Der massive Rückgang von Gewerkschaftsmitgliedern hat sich in den Jahren 1992 bis 1998 zwar deutlich abgeschwächt, setzt sich aber bis etwa 2008 fort. Seitdem scheint sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad der erwachsenen Bevölkerung auf gleichem Niveau mit leichten Schwankungen zu halten. Die am Anfang der 1990er-Jahre noch stark ausgeprägten Unterschiede zwischen Ost und West im durchschnitt-

lichen Organisationsgrad sind fast verschwunden. Auch die deutliche Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt, die in Westdeutschland besonders deutlich 2004 und in Ostdeutschland besonders 2008 zu beobachten war, ist geringer geworden. Bildungsunterschiede im gewerkschaftlichen Organisationsgrad fallen im Unterschied zu politischem Interesse, politischer Beteiligung und anderen Mitgliedschaften zugunsten von Bürgern ohne Hochschulabschluss aus. Akademiker waren 2014 lediglich zu knapp 10 % gewerkschaftlich organisiert, also etwas weniger als der Durchschnitt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedschaften

ergeben sich damit zwar keine regionalen, sozialen oder demografischen Ungleichheiten mehr. Die Integrationskraft hat aber dennoch stark nachgelassen, weil insgesamt nur noch ein relativ kleiner Teil der deutschen Bevölkerung in Gewerkschaften organisiert ist. ► Abb 5

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien verzeichnet sogar eine noch dramatischere Entwicklung. Die starken Mitgliederrückgänge bei den Gewerkschaften seit der Vereinigung fallen – relativ gesehen zu denen der politischen Parteien – noch moderat aus. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich nachvollziehen, dass die politischen Parteien innerhalb

► Abb 6 Parteimitgliedschaft im Zeitverlauf 1990–2014



Datenbasis: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 25, FU Berlin 2015.

von zweieinhalb Jahrzehnten etwa eine Million und damit etwa 40 % ihrer Mitglieder verloren haben. 1990 waren noch 3,8 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert, 2014 waren es nur noch 2 %. ► Abb 6

Nimmt man alle Interessenorganisationen einschließlich der Gewerkschaften und politischen Parteien zusammen, sind das drastische Entwicklungen, die die Frage aufwerfen, ob und inwieweit primär auf die politische Interessenvertretung und -vermittlung ausgerichtete Organisationen zukünftig noch in der Lage sein werden, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung und politischen Integration zu leisten.

13.2.3 Zusammenfassung

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die

traditionellen, institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Interessengruppen und Parteien verlieren an Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht-institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Das politische Interesse erreichte in Ost und West einen Höchststand. Dass sich die Unterschiede zwischen Ost und West ebenso wie die zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung vermindern oder sogar ganz zu verschwinden scheinen, ist positiv zu vermerken. Ein negativer Befund ist allerdings, dass Teilhabe an den Aktionsformen und Integration in die Organisationen stark sozial geschichtet sind. Darauf verweisen die beträchtlichen Unterschiede zwischen

Bürgern ohne und mit Hochschulabschluss. Zusammengenommen mit dem Befund, dass traditionelle institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik abgeschwächt hat, ist das ein Warnsignal für Politik und Gesellschaft.

13.3 Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat

Dieter Fuchs Universität Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften
Edeltraud Roller Johannes
Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Politikwissenschaft

WZB/SOEP

Die Stabilität und das Funktionieren eines demokratischen Regierungssystems hängen davon ab, dass die Bürger der Demokratie positiv gegenüberstehen. Deshalb ist es förderlich, wenn sie zum einen die Demokratie als Staatsform allgemein befürworten und zum anderen die Demokratie im eigenen Land positiv beurteilen. Da das staatssozialistische System der DDR unter aktiver Beteiligung der Bürger zusammengebrochen ist und sich die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen für die deutsche Vereinigung ausgesprochen hat, wurde erwartet, dass die Mehrheit der Ostdeutschen nicht nur die Demokratie allgemein, sondern auch die Demokratie in Deutschland befürworten. Nach den bisher vorliegenden Befunden präferieren die Ostdeutschen zwar mehrheitlich die Demokratie allgemein, sie stehen jedoch der Demokratie in Deutschland kritischer gegenüber. Eine wichtige und bislang offene Frage ist, ob die Ostdeutschen mit zunehmender Erfahrung mit der bundesrepublikanischen Demokratie ein positiveres Verhältnis zur Demokratie in Deutschland entwickelt haben. Diese Frage stellt sich insbesondere in Bezug auf die jüngeren Generationen in Ostdeutschland, die in diesem demokratischen System aufgewachsen sind.

Der Sozialstaat ist eine bedeutende Quelle der Legitimität der Demokratie in Deutschland. Nach der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 wurde der Sozialstaat weiter umgebaut, und es wurden neue soziale Probleme diskutiert. Mindestens zwei damit verbundene Entwicklungen dürften einen Einfluss auf die Einstellungen der Bürger zum Sozialstaat haben. Die erste Entwicklung sind die Leistungskürzungen und Abbaumaßnahmen, die seither die Sozialpolitik dominieren. Prominenteste Beispiele sind die Agenda 2010 (2003–2005), die ein Bündel verschiedener sozial- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen umfasste, sowie die Rente mit 67 (2007). Ausgehend von diesen Reformen stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Bürger bereit

sind, ihre Ansprüche an die sinkenden Leistungen des Sozialstaats anzupassen. Für die Ostdeutschen stellt sich diese Frage in noch radikalerer Weise, denn mehrheitlich waren sie der Ansicht, dass es sich bei der umfassenden sozialen Absicherung um einen der wenigen Vorzüge des sozialistischen Systems der DDR handelte (»sozialistische Errungenschaft«), und sie hatten viel höhere Erwartungen an die Rolle des Staates ausgebildet als die Westdeutschen. Eine zweite Entwicklung, die die Einstellungen der Bürger beeinflussen dürfte, ist die Zunahme der sozialen Ungleichheit, die sich insbesondere seit der Jahrtausendwende in Deutschland beobachten lässt. Indizien sind der Anstieg des Gini-Koeffizienten, eines Maßes für Einkommensungleichheit, und die Zunahme der Armut (siehe Kapitel 6.3, Seite 179, Tab 1 und Seite 181, Tab 2). Diese Entwicklung hat zu einer verstärkten Diskussion um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland geführt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Bürger angesichts der wachsenden Ungleichheit und der Gerechtigkeitsdebatte zunehmend eine staatliche Umverteilung fordern.

13.3.1 Akzeptanz der Demokratie als Staatsform

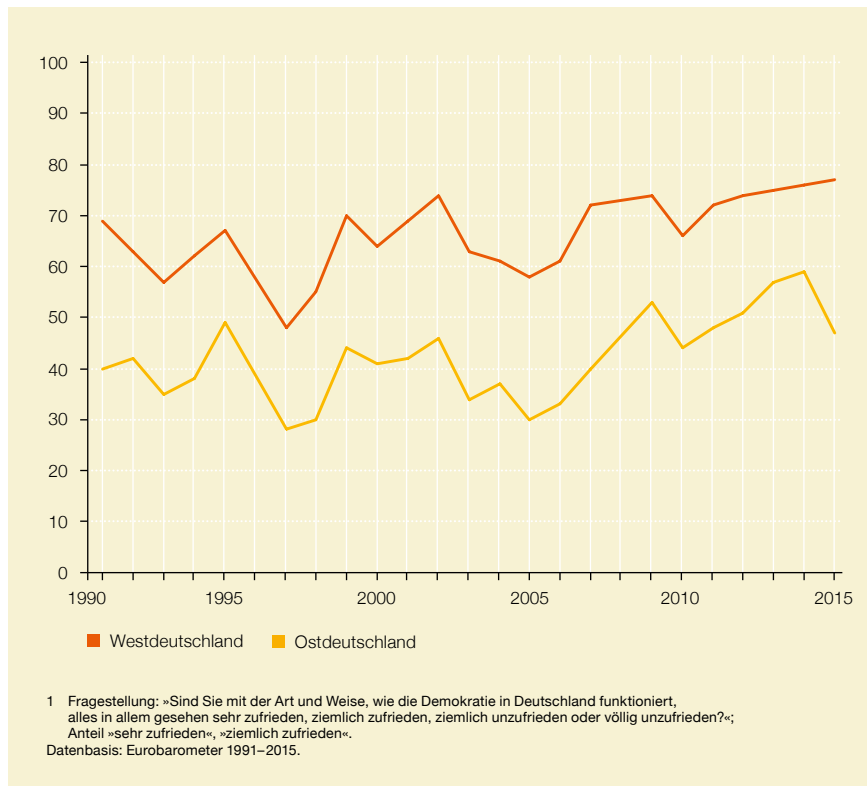
Die grundlegende Einstellung zur Demokratie wird mit der direkten Frage danach erhoben, ob die Demokratie die beste Staatsform sei oder ob es eine bessere gäbe. Alternative Herrschaftsordnungen – zum Beispiel kommunistisch-autoritäre Regime, Herrschaft eines starken Mannes – werden hierbei nicht vorgegeben. Die in Tabelle 1 präsentierten Daten dokumentieren, dass kurz nach der Vereinigung im Jahr 1991 die Ostdeutschen sich mit einer großen Mehrheit von 70 % für die Demokratie als beste Staatsform aussprechen. Die Zustimmung der Westdeutschen ist mit 86 % noch deutlich höher. Im Zeitverlauf schwanken die Urteile der Ost- und Westdeutschen um diese jeweils hohen Werte. Vor allem in den Jahren 2005 und 2006 werden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen etwas größer,

► **Tab 1** Demokratie ist die beste Staatsform 1991–2014 – in Prozent

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	1991	2000	2005	2006	2008	2014	1991	2000	2005	2006	2008	2014
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	86	92	85	89	86	90	70	78	64	63	68	82
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	3	6	3	3	5	7	8	22	12	11	9
»Unentschieden«	11	5	9	8	11	5	23	14	14	25	21	9

Datenbasis: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Band 9: 560 (Jahr 1991); Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005; European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006, 2008; Everhard Holtmann u.a., Deutschland 2014, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V., 2015: 189.

► **Abb 1** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland¹ 1991–2015 – in Prozent



weil die Zustimmung in Ostdeutschland etwas abnimmt. Im Jahr 2006 beträgt die Differenz 26 Prozentpunkte. Dabei handelt es sich jedoch um keinen längerfristigen Trend, denn ab 2008 steigt in Ostdeutschland die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform wieder an. Nach den letzten verfügbaren Daten aus dem Jahr

2014 liegt die Zustimmung in Ostdeutschland bei 82 %, in Westdeutschland bei 90 %. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen hat sich somit auf 8 Prozentpunkte reduziert. ► **Tab 1**

Im Jahr 2014 sieht also nach wie vor eine klare Mehrheit der deutschen Bürger die Demokratie allgemein als die beste

Staatsform an, nur eine sehr kleine Minderheit präferiert eine andere Staatsform. Dies gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland.

13.3.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bezüglich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Diese Einstellung bezieht sich weniger auf die Verfassungsnorm, das heißt die in der Verfassung implementierte Form der Demokratie, als vielmehr auf die Verfassungsrealität oder die Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland. In die Beurteilung dieser Verfassungsrealität können verschiedene Aspekte eingehen. Insbesondere das Funktionieren institutioneller Mechanismen (zum Beispiel der Austausch von Regierung und Opposition und die Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz), die Handlungen der Regierenden (zum Beispiel Berücksichtigung von Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen, Amtsmissbrauch) und die Ergebnisse dieses Handelns (zum Beispiel wirtschaftliche und sozialpolitische Leistungen) dürften bei der Beurteilung des Funktionierens der Demokratie eine Rolle spielen.

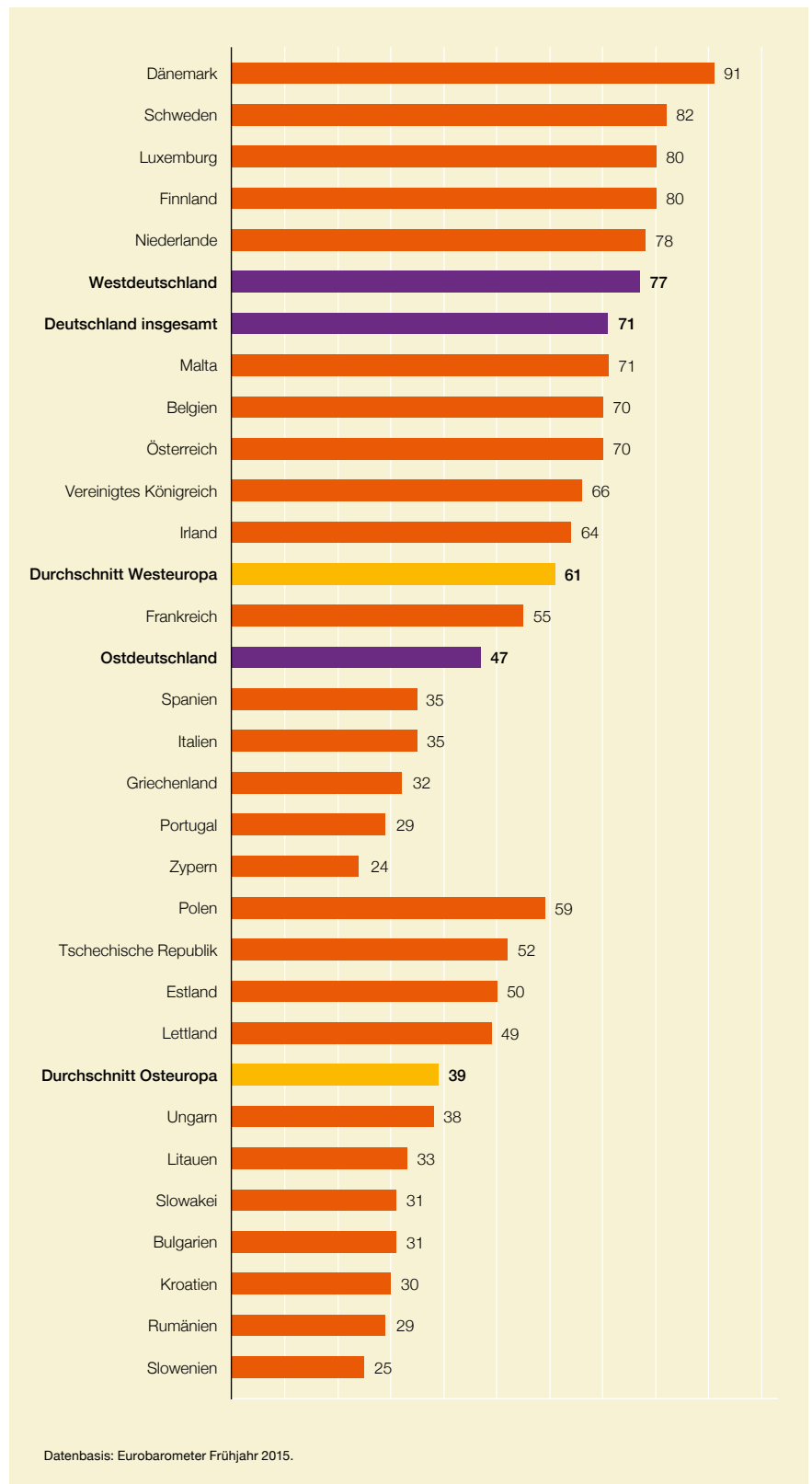
Die in Abbildung 1 präsentierten Zeitreihen für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zeigen eine deutliche Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Zeit-

raum zwischen 1991 und 2015 ist im Westen Deutschlands durchschnittlich eine klare Mehrheit von 66 % der Bürger zufrieden, im Osten ist es dagegen lediglich eine Minderheit von 42 %. Es gibt erhebliche Schwankungen im Zeitverlauf, die parallel in Ost- und Westdeutschland zu beobachten sind. Das heißt, dass die Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Ereignisse reagieren; das aber auf unterschiedlichem Niveau. Hinsichtlich der Struktur dieser Schwankungen ist bemerkenswert, dass zu den Bundestagswahlen in der Regel ein Anstieg der Demokratiezufriedenheit erfolgt (1994, 1998, 2005, 2009), dass die Zufriedenheit danach aber wieder abfällt. Die nach der Bundestagswahl 2009 im Jahr 2010 erfolgte Abnahme in der Demokratiezufriedenheit dürfte auf die europäische Staatsschuldenkrise zurückgehen, die seither die deutsche und europäische Politik weitgehend bestimmt. Diese Abnahme umfasst in West und Ost aber weniger als 10 Prozentpunkte und ist nicht von Dauer, denn nach 2010 bis 2014 nimmt die Demokratiezufriedenheit in beiden Landesteilen kontinuierlich wieder zu. ▶ [Abb 1](#)

Zwischen 2014 und 2015 entwickeln sich Ost- und Westdeutschland jedoch unterschiedlich. Während in Westdeutschland die Demokratiezufriedenheit weiter ansteigt, sinkt sie in Ostdeutschland deutlich von 59 % auf 47 % ab. Ganz offenbar gibt es zum Erhebungszeitpunkt der Umfrage (Mai 2015) Entwicklungen in der deutschen Politik, auf die die Ostdeutschen negativ mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit reagieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch nicht klar, worauf diese Reaktion gründet. Es könnte mit den Themen Ausländer, Zuwanderung und Asyl zusammenhängen, die in den Monaten April und Mai 2015 von etwa 50 % der Bundesbürger als wichtigstes Problem in Deutschland genannt werden (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Mai 2015).

Insgesamt zeichnet sich zwischen 1991 und 2015 sowohl in West- als auch Ostdeutschland ein leichter Trend einer

▶ **Abb 2** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land 2015 – in Prozent



Zunahme der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ab. Der Abstand zwischen West- und Ostdeutschen schwankt ebenfalls, aber hier ist kein eindeutiger Trend auszumachen. 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es keine Hinweise darauf, dass sich mit zunehmenden Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie die Kluft in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen verringert hat.

Wie ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland einzuschätzen? Darüber kann ein Vergleich mit den anderen 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) Aufschluss geben. Die Daten aus dem Frühjahr 2015 zeigen zudem, wie sich die Staatsschuldenkrise auf die Demokratiezufriedenheit der Bürger in den anderen EU Mitgliedsländern ausgewirkt hat. ▶ [Abb 2](#)

Die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland rangiert deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt. Lediglich in den skandinavischen Ländern, in Luxemburg und in den Niederlanden ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie noch höher. Demgegenüber liegt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland deutlich unter dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder. Niedrigere Zufriedenheitswerte weisen lediglich die von der EU-Staatsschuldenkrise besonders betroffenen südeuropäischen Länder auf. Vergleicht man Ostdeutschland hingegen mit den anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern, so liegt der Wert der Ostdeutschen über dem Durchschnitt dieser Länder.

13.3.3 Einstellung zum Sozialismus

Warum sind die Ostdeutschen deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland als die West-

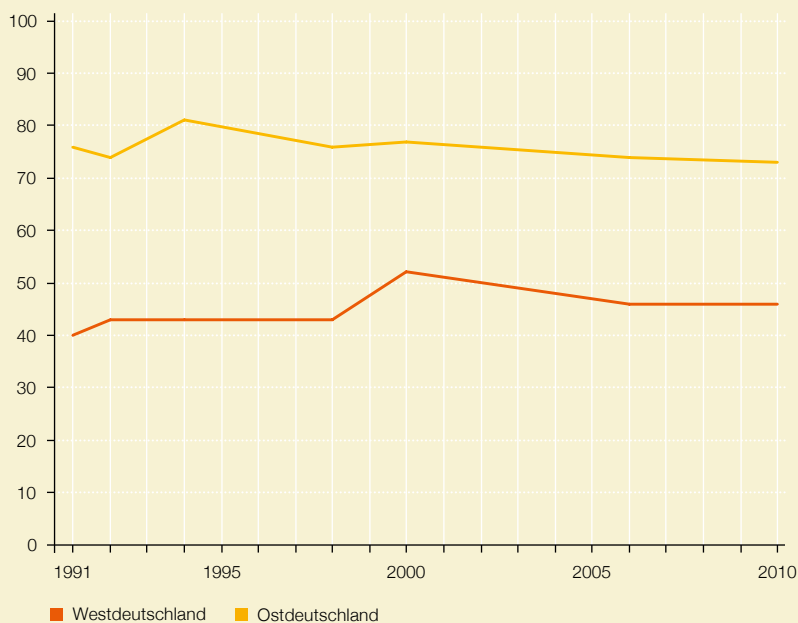
deutschen? Die skeptischere Einstellung der Bürger im Osten Deutschlands kann zum einen damit erklärt werden, dass sie ihre Interessen zu wenig berücksichtigt sehen und ihre soziale und ökonomische Lage schlechter beurteilen. Eine andere Erklärung könnte darin liegen, dass die Bürger im Osten Deutschlands zwar mehrheitlich die Demokratie als Staatsform befürworten, aber ein anderes Demokratiemodell präferieren als dasjenige, das in Deutschland realisiert ist.

Einen Hinweis auf das Vorliegen eines solchen anderen Demokratiemodells gibt die Antwort auf die Frage nach dem Sozialismus. Um so weit wie möglich Assoziationen mit dem realsozialistischen System der früheren DDR zu vermeiden, wird allgemein danach gefragt, ob der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt worden sei.

Aus Abbildung 3 wird ersichtlich, dass der Sozialismus als Idee über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2010 in Ostdeutschland erheblich stärker befürwortet wird als in Westdeutschland. Im Osten Deutschlands halten durchschnittlich 76% der Bürger den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Der Anteil in Westdeutschland liegt immerhin bei durchschnittlich 45%. Zudem ist im Westen Deutschlands im Jahr 2000 ein Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen, sodass sich die Differenz zwischen beiden Teilen Deutschlands leicht reduziert hat. ▶ [Abb 3](#)

Trotz der negativen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in der DDR halten also rund drei Viertel aller Ostdeutschen den Sozialismus immer noch für eine gute Idee und diese Einstellung hat sich zwischen 1991 und 2010 nicht grundlegend verändert. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass die Mehrheit der Ostdeutschen das Modell einer sozialistischen Demokratie präferiert. Dieses verbindet zentrale Vorstellungen einer liberalen Demokratie wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten und kompetitiven Wahlen mit Vorstellungen einer ausgeprägten sozialen Sicherheit und Gleichheit.

▶ **Abb 3 Positive Einstellung zum Sozialismus¹ 1991–2010**
– Zustimmung in Prozent



¹ Zustimmung zur Aussage »Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde«.
Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000, 2006, 2010.

13.3.4 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Demokratie

In Tabelle 2 sind die bisher untersuchten Einstellungen zur Demokratie und zum Sozialismus nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung (Links-Rechts) und Parteipräferenz aufgeschlüsselt. Im Westen wie im Osten Deutschlands zeigen sich drei auffällige

Abweichungen vom Durchschnitt. Erstens sind in beiden Landesteilen Arbeitslose mit der Demokratie als Staatsform sowie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufriedener; zudem präferieren die Arbeitslosen im Westen deutlich stärker die Idee des Sozialismus. Zweitens präferieren sowohl im Westen als auch im Osten ideologisch rechtsorientierte Bürger erwartungsge-

mäß unterdurchschnittlich den Sozialismus. Drittens betrachten in beiden Landesteilen die Anhänger von DIE LINKE den Sozialismus deutlich positiver, während Anhänger von CDU/CSU deutlich seltener der sozialistischen Idee zustimmen. Zudem erweisen sich die SPD-Anhänger im Osten Deutschlands als überdurchschnittlich starke Befürworter der Demokratie als Staatsform. ▶ Tab 2

▶ Tab 2 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Demokratie 2008, 2010 und 2015 – in Prozent

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.« ¹	
	2008		2010		2015	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	86	68	46	73	77	47
Geschlecht						
Männer	86	72	44	70	78	50
Frauen	86	64	49	76	76	44
Altersgruppen						
18–34 Jahre	79	74	42	67	72	45
35–59 Jahre	87	65	42	70	78	49
Ab 60 Jahre	89	68	56	80	79	48
Berufliche Stellung						
Selbstständige	86	61	45	72	86	53
Abhängig Beschäftigte	86	70	–	–	77	52
Beamte	–	–	41	68	–	–
Angestellte	–	–	40	64	–	–
Arbeiter	–	–	44	73	–	–
Arbeitslose	73	56	64	81	52	35
Rentner/Pensionäre	89	68	55	80	79	46
Ideologische Orientierung						
Links	88	70	54	81	74	43
Mitte	87	68	46	70	81	56
Rechts	87	69	34	55	76	49
Parteipräferenz						
DIE LINKE	76	63	69	87	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	85	75	46	73	–	–
SPD	92	84	55	76	–	–
FDP	96	67	40	59	–	–
CDU/CSU	91	77	35	54	–	–

¹ Anteil »sehr zufrieden, ziemlich zufrieden«.

– Nicht vorhanden.

Datenbasis: European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2008; ALLBUS 2010; Eurobarometer 2015.

Auffällig ist die Ähnlichkeit zwischen den verschiedenen Altersgruppen in Ostdeutschland. Es wurde erwartet, dass insbesondere die nachwachsenden Generationen vom neuen demokratischen System geprägt werden und eine positivere Haltung zu diesem System ausbilden. Diese positiven Sozialisierungseffekte haben sich bei den beiden Einstellungen zur Demokratie – Demokratie als Staatsform allgemein, Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland – bislang nicht eingestellt. Ein solcher Generationeneffekt lässt sich jedoch bei der Einstellung zum Sozialismus beobachten. In Ostdeutschland präferieren die jüngeren Altersgruppen in deutlich geringerem Maß als die über 60-Jährigen den Sozialismus. Dies könnte als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Zustimmung zum Sozialismus in Ostdeutschland bei den nachwachsenden Generationen verblasst, die keine oder vergleichsweise weniger direkte persönliche Erfahrungen mit dem alten sozialistischen System gemacht haben. Dasselbe Muster zwischen den Altersgruppen lässt sich aber auch in Westdeutschland beobachten. Hier befürworten die jüngeren Altersgruppen ebenfalls weniger stark den Sozialismus als die über 60-Jährigen. In diesem Fall dürfte jedoch ein anderer Erklärungsmechanismus greifen, und zwar ein zunehmender Konservatismus der nachwachsenden Generationen in Westdeutschland.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Ost und West die Arbeitslosen der Demokratie – der Demokratie als Staatsform allgemein und der Demokratie in Deutschland – vergleichsweise kritischer gegenüberstehen. Trotz der unterdurchschnittlichen Werte befürwortet eine Mehrheit der Arbeitslosen in Ost- und Westdeutschland aber nach wie vor die Demokratie als Staatsform. Im Vergleich zur Demokratie ist die Einstellung zum Sozialismus strittiger, hier stehen sich vor allem ideologisch Rechte und Linke sowie Anhänger rechter und linker Parteien gegenüber.

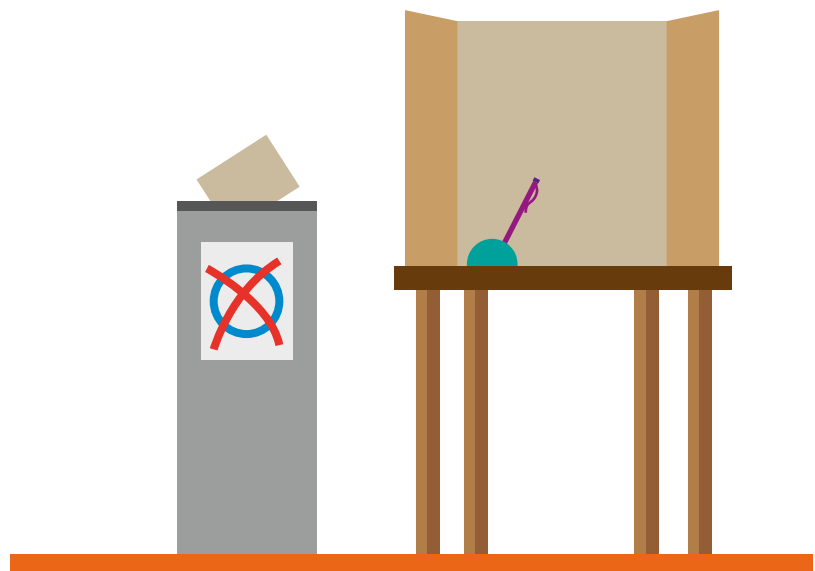
13.3.5 Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung

Im Zentrum des bundesrepublikanischen Sozialstaats steht die soziale Absicherung, die vor allem über Sozialversicherungssysteme wie Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung geregelt ist. Die Zustimmung zu diesem sogenannten institutionellen Kern des Sozialstaats wird mit der Frage erfasst, ob der Staat dafür sorgen soll, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat. Nach den in Abbildung 4 präsentierten Befunden ist die Zustimmung zu diesem institutionellen Kern des Sozialstaats in beiden Teilen Deutschlands über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2014 sehr stark ausgeprägt. Sie liegt in Westdeutschland bei durchschnittlich 86%; in Ostdeutschland wird dieser Wert mit durchschnittlich 93% sogar noch über-

troffen. Von 1991 bis 2010 nimmt in beiden Landesteilen die Zustimmung kontinuierlich etwas ab; im Westen Deutschlands sinkt die Zustimmung von 90% auf 80%, im Osten von 98% auf 87%. Nach 2010 kehrt sich dieser Trend um. Vor allem in Westdeutschland, aber auch in Ostdeutschland steigt die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit für soziale Absicherung wieder an; sie liegt im Jahr 2014 in beiden Landesteilen bei circa 90% und umfasst damit fast alle Bürger. Bis 2010 gab es also Anzeichen für eine Reduktion der Ansprüche der Bürger, und zwar nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Deutschlands. Ganz offenbar haben die Bürger auf die Leistungskürzungen und Abbaumaßnahmen temporär mit einer zumindest leichten Reduktion ihrer Ansprüche reagiert. Die gegenläufige Entwicklung der Ansprüche nach 2010 markiert, dass die

47 %

der Ostdeutschen waren im Jahr 2015 mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. In Westdeutschland waren es 77%.



Bürger zu einer weiteren Anpassung ihrer Ansprüche nach unten nicht mehr bereit sind und die staatliche Verantwortung wieder stärker einfordern. ▶ Abb 4

Insgesamt sind bei dieser Aufgabe der sozialen Absicherung die Ost-West-Unterschiede von Beginn an vergleichsweise gering. Das dürfte daran liegen, dass hier der bundesdeutsche Sozialstaat und der sozialistische Sozialstaat der DDR ähnliche Regelungen und Programme entwickelt haben. Im Mittelpunkt des sozialistischen Sozialstaats der DDR standen ebenfalls Sozialversicherungssysteme, die Risiken wie Krankheit, Unfall und Alter abdeckten.

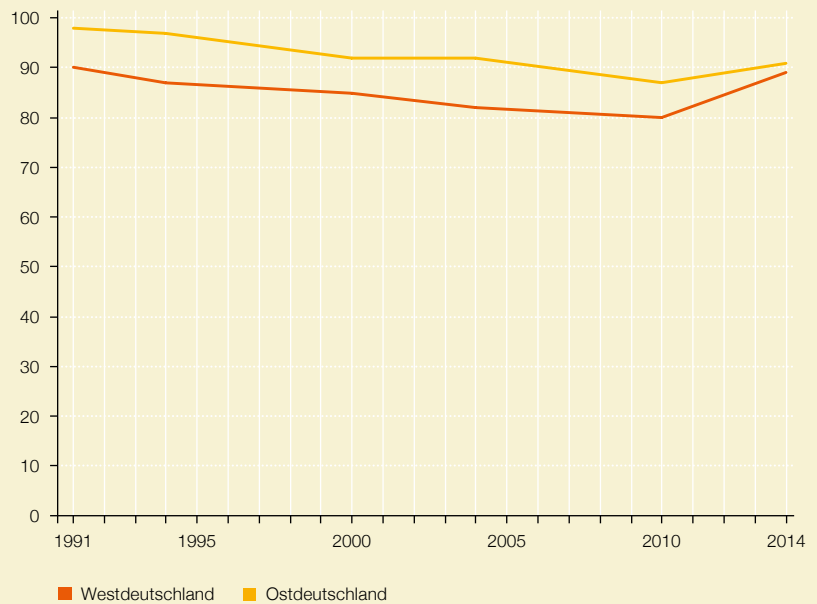
13.3.6 Zuständigkeit des Staates für den Abbau von Einkommensunterschieden

Deutlich größere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gibt es dagegen bei der sozialstaatlichen Aufgabe des Abbaus von Einkommensunterschieden. Im Zuge der zunehmenden Ungleichheit und der Debatte um die soziale Gerechtigkeit, die seit Anfang/Mitte der 2000er-Jahre in Deutschland verstärkt geführt wird, ist diese Aufgabe in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Die Zustimmung dazu wird mit der Frage erfasst, ob der Staat Maßnahmen ergreifen soll, um Unterschiede in den Einkommensniveaus zu reduzieren. Die Zeitreihe beginnt erst im Jahr 2002 und erstreckt sich bis zum Jahr 2012.

Im Vergleich zur Aufgabe der sozialen Absicherung ist die Zustimmung zur Einkommensreduktion sowohl im Osten als auch Westen Deutschlands deutlich geringer. Sie liegt in Westdeutschland bei durchschnittlich 57 % und in Ostdeutschland bei durchschnittlich 80 %. Die Differenz zwischen Osten und Westen ist dabei vergleichsweise größer, was auch damit erklärt werden kann, dass geringe Einkommensunterschiede ein charakteristisches Merkmal des sozialistischen Systems waren. ▶ Abb 5

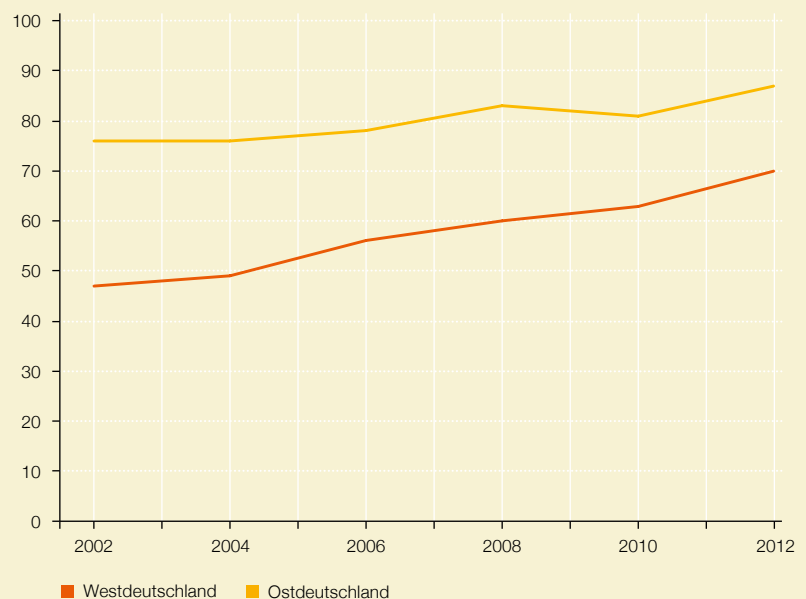
Wie hat sich diese Einstellung zur Rolle des Staates beim Abbau von Einkommensunterschieden entwickelt? In Westdeutschland nimmt die Zustim-

▶ Abb 4 Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung¹ 1991–2014 – in Prozent



¹ »Der Staat muss dafür sorgen, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat«; Anteil »stimme voll zu« und »stimme eher zu« in Prozent.
Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000, 2010, 2014.

▶ Abb 5 Zuständigkeit des Staates für den Abbau von Einkommensunterschieden¹ 2002–2012 – in Prozent



¹ »Sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, um Unterschiede in den Einkommensniveaus zu reduzieren?«; Anteil »ganz bestimmt« und »wahrscheinlich« in Prozent.
Datenbasis: European Social Survey 2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012.

mung zu diesem Aufgabenbereich von 47 % im Jahr 2002 kontinuierlich bis auf 70 % im Jahr 2010 zu. In Ostdeutschland, wo bereits im Jahr 2002 mit 76 % die überwiegende Mehrheit der Bürger dieser Aufgabe zustimmt, steigt die Zustimmung ab dem Jahr 2004 ebenfalls an und

erreicht über 87 %. Ganz offenbar begegnen die Bürger der steigenden Ungleichheit und der damit verbundenen Debatte um soziale Gerechtigkeit mit zunehmenden Forderungen nach staatlichen Aktivitäten zur Reduktion der Einkommensunterschiede. Auffällig ist, dass die West-

deutschen mit einer sehr viel stärkeren Anspruchszunahme reagieren. Zwischen 2002 und 2012 nehmen die Ost-West-Differenzen daher ab. Im letzten Erhebungsjahr 2012 sind die Ansprüche der Ostdeutschen aber nach wie vor größer als die der Westdeutschen.

► Tab 3 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Rolle des Staates 2012 und 2014 – in Prozent

	»Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.« ¹		»Sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, um Unterschiede in den Einkommensniveaus zu reduzieren?« ²	
	2014		2012	
	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	89	91	70	87
Geschlecht				
Männer	88	91	70	84
Frauen	90	91	71	88
Altersgruppen				
18–34 Jahre	93	94	70	81
35–59 Jahre	88	89	69	84
Ab 60 Jahre	87	92	72	91
Berufliche Stellung				
Selbstständige	80	81	59	70
Abhängig Beschäftigte	.	.	70	85
Beamte	92	93	.	.
Angestellte	88	88	.	.
Arbeiter	93	93	.	.
Arbeitslose	97	94	70	90
Rentner/Pensionäre	87	93	75	93
Ideologische Orientierung				
Links	92	93	77	88
Mitte	87	91	68	85
Rechts	86	86	63	81
Parteipräferenz				
DIE LINKE	98	95	90	93
Bündnis 90/Die Grünen	90	89	76	89
SPD	91	90	80	89
FDP	75	88	/	/
CDU/CSU	88	87	62	83

1 Anteil »stimme voll zu«, »stimme eher zu«.

2 Anteil »ganz bestimmt«, »wahrscheinlich«.

. Zahlenwert unbekannt.

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2014; European Social Survey 2012.

13.3.7 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Rolle des Staates

Der unterschiedliche Stellenwert dieser beiden sozialstaatlichen Aufgaben, der sozialen Absicherung einerseits und des Abbaus von Einkommensunterschieden andererseits, manifestiert sich in den Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen. Für die soziale Absicherung, den sogenannten institutionellen Kern des Sozialstaats, lassen sich weder im Osten noch im Westen Deutschlands Unterschiede bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen – nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung (Links-Rechts) und Parteipräferenz – auffinden. Danach liegt bei dieser Aufgabe ein Konsens zwischen den Vertretern der klassischen Konfliktlinie Kapital und Arbeit vor, also zwischen den Selbständigen und Arbeitern, zwischen

Rechten und Linken und zwischen Anhängern rechter und linker Parteien. ▶ ^{Tab 3}

Etwas anders sieht es dagegen bei der Aufgabe des Abbaus von Einkommensunterschieden aus. Einerseits weicht im Westen wie im Osten Deutschlands die Gruppe der Selbständigen mit geringeren Zustimmungswerten vom Durchschnitt ab und andererseits sprechen sich im Westen die Anhänger von DIE LINKE überdurchschnittlich für eine staatliche Zuständigkeit beim Abbau von Einkommensunterschieden aus. Diese egalitäre Aufgabe des Sozialstaats steht damit im Schnittpunkt der klassischen Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit und wird von den Vertretern beider Seiten vergleichsweise kontrovers beurteilt. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass die Polarisierung zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Deutschlands existiert.